

**Jahresabschluss (HGB) der
Landwirtschaftlichen Rentenbank
zum 31.12.2016**



Inhaltsverzeichnis

Zusammengefasster Lagebericht	1
Jahresbilanz	60
Gewinn- und Verlustrechnung	62
Anhang für das Geschäftsjahr 2016	64
Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats	82
Versicherung der gesetzlichen Vertreter	86
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	87
Bericht des Verwaltungsrats	89

Zusammengefasster Lagebericht

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Grundlagen des Konzerns	5
Konzernstruktur	5
Förderauftrag	6
Steuerungssystem	6
Wirtschaftsbericht	8
Gesamtwirtschaftliche und institutsbezogene Rahmenbedingungen	8
Geschäftsverlauf	9
Lage	10
Ertragslage	10
Finanzlage	17
Vermögenslage	21
Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren	22
Nachtragsbericht	23
Prognose und Chancenbericht	23
Entwicklung der Geschäfts- und Rahmenbedingungen	23
Prognose der Geschäftsentwicklung	24
Chancen und Risiken	26
Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr	27

Risikobericht	27
Organisation des Risikomanagements	27
Adressenausfallrisiken	30
Marktpreisrisiken	42
Liquiditätsrisiken	48
Operationelle Risiken	51
Regulierungs- und Reputationsrisiken	52
Risikotragfähigkeit – „Going-Concern-Ansatz“	53
Risikodeckungspotenzial	54
Risikoszenarien	55
Risikotragfähigkeit – „Liquidationsansatz“	56
Inverse Stresstests und konjunktureller wirtschaftlicher Abschwung	57
Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquoten	57
Rechnungslegungsprozess	58

Vorwort

Der zusammengefasste Lagebericht besteht aus dem freiwilligen¹ Konzernlagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank (Konzern nach IFRS) und dem Lagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank (Rentenbank nach HGB). Die Rentenbank hat als Mutterunternehmen des Rentenbank-Konzerns den Lagebericht nach § 298 Handelsgesetzbuch (HGB) gemäß § 315 Abs. 1 i. V. m. § 298 Abs. 2 HGB mit dem freiwilligen Konzernlagebericht zusammengefasst. Dabei wurden die Vorschriften nach § 315a Abs. 1 i. V. m. § 315 HGB vollständig berücksichtigt. Dieser zusammengefasste Lagebericht enthält Anhangangaben gemäß IFRS 7.

Der Unterschied zwischen Konzern und Rentenbank ist aufgrund der untergeordneten Bedeutung der konsolidierten Tochtergesellschaften LR Beteiligungsgesellschaft mbH (LRB), Frankfurt am Main, und DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DSV), Frankfurt am Main, gering. Die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht gelten daher grundsätzlich sowohl für den Konzern als auch für die Rentenbank. In der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind die spezifischen Angaben zur Rentenbank auf Basis der HGB-Rechnungslegung jeweils am Ende der entsprechenden Abschnitte dargestellt.

Die Entsprechenserklärung des Vorstands und des Verwaltungsrats zum Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes ist auf der Internetseite der Rentenbank öffentlich zugänglich.

Grundlagen des Konzerns

Konzernstruktur

Die Rentenbank ist eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie unterhält keine Zweigniederlassungen.

Alle wesentlichen Risiken sind auf die Rentenbank konzentriert und werden von dieser konzernweit gesteuert. Zum Konzern gehören neben der Rentenbank drei Tochtergesellschaften: LR Beteiligungsgesellschaft mbH (LRB), DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH (DSV) und Getreide-Import Gesellschaft mbH (GIG). Die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften ist eng begrenzt. Für die LRB hat die Rentenbank eine Patronatserklärung abgegeben. Die Tochtergesellschaften refinanzieren sich ausschließlich konzernintern.

¹ Unter Berücksichtigung des Befreiungstatbestandes des § 290 Abs. 5 i.V. mit § 296 Abs. 2 HGB besteht für die Rentenbank keine gesetzliche Verpflichtung zur Aufstellung eines Konzernlageberichts nach HGB. Infolgedessen lässt sich gem. § 315a HGB auch keine Verpflichtung zur Aufstellung des Konzernlageberichts nach IFRS ableiten. Der Konzernlagebericht der Rentenbank wird damit freiwillig aufgestellt.

Förderauftrag

Die Rentenbank hat nach dem Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank (LR-Gesetz) den staatlichen Auftrag, die Landwirtschaft sowie den ländlichen Raum zu fördern. Die Geschäftstätigkeit des Konzerns ist auf diesen Förderauftrag ausgerichtet. Die durch Gesetz und Satzung der Rentenbank vorgegebenen Rahmenbedingungen prägen im Wesentlichen die Risikostruktur des Konzerns.

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft und den ländlichen Raum stellt die Rentenbank zweckgebundene Mittel für eine Vielzahl von Investitionen bereit. Die Bank vergibt ihre Programmkredite wettbewerbsneutral im sogenannten Hausbankverfahren für Vorhaben in Deutschland. Das Angebot richtet sich an Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus sowie der Aquakultur bzw. der Fischwirtschaft. Die Rentenbank refinanziert ebenso Vorhaben der Ernährungswirtschaft, sonstiger der Landwirtschaft vor- und nachgelagerter Unternehmen, Investitionen in erneuerbare Energien sowie Infrastrukturmaßnahmen im ländlichen Raum.

Steuerungssystem

Die Rentenbank verfolgt im Rahmen der Geschäftsstrategie folgende Ziele:

- Bestmögliche Umsetzung des Förderauftrags und kontinuierliche Weiterentwicklung des Fördergeschäfts,
- Erbringung der Förderleistung aus eigenen Mitteln,
- Erzielung eines angemessenen Betriebsergebnisses auf der Grundlage einer vorsichtigen Risikopolitik.

Die ersten drei Ziele werden mittels Leistungsindikatoren operationalisiert. Die Indikatoren werden in diesem Abschnitt weiter unten näher definiert. Über Zielgrößen sowie Zielerreichung informieren der Prognosebericht sowie der Abschnitt zur Ertragslage. Die geringe Risikotoleranz spiegelt sich im Risikoappetit (Risk Appetite Framework) und den damit verbundenen konservativ festgelegten Limiten wider, die im Risikobericht beschrieben sind.

Segmente

Die strategischen Ziele werden segmentbezogen dargestellt. Die Segmente unterteilen sich in:

- Fördergeschäft
- Kapitalstockanlage
- Treasury Management

Das Segment „Fördergeschäft“ umfasst das Förderkreditgeschäft, das verbrieftete Fördergeschäft sowie die langfristige Refinanzierung des Konzerns. Im Rahmen des Förderkreditgeschäfts vergibt die Rentenbank Programmkredite sowie allgemeine Förderkredite, z. B. in Form von Schuldscheindarlehen. Geschäftspartner im Fördergeschäft sind nahezu ausschließlich Banken und öffentliche Stellen. Das verbrieftete Fördergeschäft umfasst Wertpapieranlagen mit dem Ziel, die Liquidität der Bank zu sichern, die Erträge zur Erzielung der Förderdividende sowie zur Deckung der Verwaltungskosten und zur Stärkung des Eigenkapitals zu generieren. Der Konzern hält keine

Wertpapiere bzw. Forderungen mit strukturierten Kreditrisiken wie ABS (Asset Backed Securities) oder CDO (Collateralized Debt Obligations).

Das Segment „Kapitalstockanlage“ beinhaltet die Anlage des bilanziellen Eigenkapitals und der langfristigen Rückstellungen. Investiert wird im Wesentlichen in Wertpapiere und Schuldscheindarlehen sowie Namenspapiere von Banken und öffentlichen Emittenten.

Im Segment „Treasury Management“ werden die kurzfristige Liquidität sowie das kurzfristige Zinsänderungsrisiko gesteuert.

Leistungsindikatoren

Die verwendeten wesentlichen Kennzahlen für die Messung des strategischen Zielerreichungsgrads im Rahmen des Steuerungssystems sind die finanziellen Leistungsindikatoren. Weitere nicht-finanzielle Leistungsindikatoren ergänzen dieses System.

Die finanziellen Leistungsindikatoren spiegeln die operative Geschäftstätigkeit auf Grundlage der HGB-Rechnungslegung wider. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen:

- Operatives Ergebnis (Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung)

Die Tätigkeit der Rentenbank ist nicht primär auf Gewinnerzielung ausgerichtet, berücksichtigt aber betriebswirtschaftliche Grundsätze. Dies schließt ertragsorientiertes Handeln zur langfristigen Sicherung der Förderfähigkeit im Konzern ein. Mit dem Operativen Ergebnis wird vor dem Hintergrund steigender regulatorischer Anforderungen mittels Thesaurierung die Kapitalbasis gestärkt. Ertragsorientiertes Handeln und stabile Erträge sind außerdem Voraussetzungen dafür, dass ohne öffentliche Zuschüsse gefördert werden kann. Die Rentenbank nutzt dabei ihre hohe Bonität als staatliches Förderinstitut, kombiniert mit einer entsprechenden Kapitalmarktstrategie, um sich günstig zu refinanzieren. Die Fördertätigkeit profitiert darüber hinaus auch von den Erträgen aus dem verbrieften Fördergeschäft und dem allgemeinen Förderkreditgeschäft sowie von der hohen Kosteneffizienz der Prozesse innerhalb des Konzerns.

- Cost-Income-Ratio

Die Cost-Income-Ratio betrachtet als Leistungsindikator für die Kosten-/Ertragsrelation den effizienten Umgang mit den Ressourcen der Bank. Dieser Leistungsindikator wird sowohl durch Veränderungen des Aufwands (Zähler) als auch des Ertrags (Nenner) beeinflusst. Dadurch ist der Indikator qua Definition anfällig gegenüber kurzfristigen Ertragsschwankungen. Die Cost-Income-Ratio wird stets nachhaltig über einen längeren Zeitraum beobachtet und durch regelmäßige Analysen der Entwicklung des Aufwands ergänzt.

- Förderdividende

Der Leistungsindikator Förderdividende fasst die gesamte quantitative Förderleistung innerhalb eines Geschäftsjahres zusammen. Er beinhaltet die zur Verbilligung der vergebenen Programmkredite eingesetzten Erträge, den Bilanzgewinn sowie die sonstigen Förderleistungen, wie z. B. Zustiftungen zur Edmund Rehwinkel-Stiftung oder Mittel, die von der Bank für Zuschüsse im Programm „Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft“ zur Verfügung gestellt werden.

Die drei genannten finanziellen Leistungsindikatoren bzw. deren wesentliche Komponenten werden im Rahmen der monatlichen Berichterstattung ermittelt und Planwerten gegenübergestellt. In der Mehrjahresplanung sind sie ebenfalls als separate Größen enthalten.

Zu den nicht-finanziellen Leistungsindikatoren zählen das gesellschaftliche Engagement, die Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern sowie die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Diese werden überwiegend qualitativ im Rahmen der Geschäftsstrategie gesteuert.

Über die finanziellen Leistungsindikatoren informieren zusätzlich die Abschnitte zur Ertragslage, Finanzlage und Vermögenslage der Rentenbank sowie der Prognosebericht. Die nicht-finanziellen Leistungsindikatoren werden im entsprechenden Abschnitt näher erläutert.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und institutsbezogene Rahmenbedingungen

Internationale Zins- und Geldpolitik

Während die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) ihren expansiven geldpolitischen Kurs Ende 2016 erneut leicht zurücknahm, lockerte die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Geldpolitik im Jahresverlauf 2016 weiter. Damit blieb die internationale Geld- und Zinspolitik insgesamt weiterhin sehr expansiv.

Die EZB stockte im März ihr Programm zum Ankauf von Vermögenswerten um monatlich 20 Mrd. EUR auf 80 Mrd. EUR auf. Den Zinssatz für die Einlagenfazilität senkte sie von -0,30 % auf -0,40 %, den Satz für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte von 0,05 % auf 0,0 %. Im Dezember kündigte die Zentralbank an, die Ankäufe bis Ende März 2017 im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten und danach auf monatlich 60 Mrd. EUR zu reduzieren, zunächst bis Ende Dezember 2017, falls erforderlich auch länger.

Im Gegensatz zur EZB straffte die Fed ihren geldpolitischen Kurs wieder leicht. Sie erhöhte ihren Leitzins im Dezember auf eine Spanne von 0,50 % bis 0,75 %.

Die divergierende Geldpolitik dies- und jenseits des Atlantiks, aber auch die Erwartung eines fiskalpolitisch getriebenen höheren Wirtschaftswachstums in den USA nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten führten dazu, dass der Euro im Verhältnis zum US-Dollar zum Jahresende wieder an Wert verlor. Ende 2016 stellte die EZB den Referenzsatz für den Wechselkurs Dollar/Euro bei 1,05 fest, rund 3 % unter dem Satz Ende 2015 (1,09).

Entwicklung der langfristigen Zinssätze

Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen lag am Jahresende 2016 mit 0,19 % unter dem Vorjahreswert (0,64 %). Zwischenzeitlich gab es allerdings starke Schwankungen. Aufgrund des ausgeweiteten Ankaufprogramms der EZB gingen die langfristigen Renditen im ersten Halbjahr fast kontinuierlich zurück. Infolge des unsicheren Ausgangs des „Brexit“-Votums sanken die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen Mitte Juni kurzzeitig sogar erstmals in den negativen Bereich. Nach

der Bekanntgabe des Ergebnisses am 24. Juni unterschritten die Renditen nochmals die Nulllinie und fielen am 6. Juli bis auf ein Rekordtief von -0,20 %. Vor dem Hintergrund leicht steigender Inflationsraten und erwarteter weiterer deutlicher Preissteigerungen aufgrund von Basiseffekten beim Ölpreis zogen die Renditen ab Oktober jedoch wieder an. Dazu trugen auch die etwas restriktivere Geldpolitik in den USA und die Diskussion um einen möglichen allmählichen Ausstieg der EZB aus ihrem Ankaufprogramm bei.

Entwicklung in der deutschen Landwirtschaft

Die Nachfrage nach Förderkrediten der Rentenbank wird maßgeblich durch Investitionen der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft bestimmt. Die Stimmung in der Landwirtschaft hatte sich seit Mitte des Jahres 2014 aufgrund kontinuierlich sinkender Agrarpreise abgekühlt. So wurde weniger investiert, insbesondere in Milchvieh- und Schweineställe. Erst im zweiten Halbjahr des Jahres 2016 erholten sich die Erzeugerpreise zum Teil wieder und signalisierten damit eine Trendwende.

Geschäftsverlauf

Diese Marktsituation in der Agrarwirtschaft wirkte sich vor allem auf die Fördersparte „Landwirtschaft“ aus. Die angespannte Wirtschaftslage führte dazu, dass auf Investitionen teilweise verzichtet wurde bzw. dass sie auf kommende Wirtschaftsjahre verschoben wurden. Die geringen Erzeugerpreise verschlechterten zunächst die Liquidität in vielen landwirtschaftlichen Unternehmen, bevor sie sich im zweiten Halbjahr 2016 teilweise erholten. Daher wurden Liquiditätssicherungsdarlehen im Verlauf des Jahres immer weniger nachgefragt.

Die schwächere Nachfrage nach Finanzierungen in der Fördersparte „Landwirtschaft“ wurde größtenteils durch eine höhere Nachfrage in anderen Fördersparten ausgeglichen. So legte das Neugeschäft in den Sparten „Agrar- und Ernährungswirtschaft“, „Ländliche Entwicklung“ und insbesondere bei „Erneuerbare Energien“ zu.

Die Investitionsdynamik in der Fördersparte „Erneuerbare Energien“ hängt entscheidend vom Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ab. Die Nachfrage nach Fotovoltaik-Finanzierungen stabilisierte sich im Geschäftsjahr 2016 auf niedrigem Niveau. Vor dem Inkrafttreten des neuen EEG zum 01.01.2017 standen Windkraftanlagen im Fokus. Der hier erzielte starke Zuwachs konnte den Nachfragerückgang nach Finanzierungen für die Landwirtschaft größtenteils kompensieren.

Insgesamt ging die Nachfrage nach Programmkrediten nur geringfügig zurück. Die Nominalwerte für das Förderneugeschäft stellen sich wie folgt dar:

	2016		2015	
	Mrd. EUR	%	Mrd. EUR	%
Programmkredite	7,7	61,6	7,8	57,4
Verbrieftes Fördergeschäft	2,5	20,0	3,2	23,5
Allgemeine Förderkredite	2,3	18,4	2,6	19,1
Summe	12,5	100,0	13,6	100,0

Das gesamte Förderneugeschäft belief sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 12,5 Mrd. EUR (13,6 Mrd. EUR) und war damit im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig (jeweils in Klammern angegeben per 31.12.2015), aber deutlich über Plan (10,5 Mrd. EUR).

Die benötigten Fremdmittel beschaffte sich die Rentenbank erneut zu günstigen Konditionen, da Finanzinvestoren sichere Anlagen präferierten. Im Berichtsjahr nahm die Rentenbank an den nationalen und internationalen Finanzmärkten nominal 12,7 Mrd. EUR (13,0 Mrd. EUR) auf, und damit mehr als ursprünglich für 2016 erwartet. Die Rentenbank setzte für die Refinanzierung auf dem Kapitalmarkt folgende Instrumente ein:

	2016		2015	
	Mrd. EUR	%	Mrd. EUR	%
Euro Medium Term Note (EMTN)	9,0	70,9	7,3	56,1
Globalanleihen	2,8	22,0	3,0	23,1
AUD Medium Term Note (MTN)	0,5	3,9	2,2	16,9
Internationale Kredite/Schuldscheine	0,0	0,0	0,4	3,1
Inländische Kapitalmarktinstrumente	0,4	3,2	0,1	0,8
Summe	12,7	100,0	13,0	100,0

Lage

Ertragslage

Ertragslage Konzern

	01.01. bis 31.12.2016	01.01. bis 31.12.2015	Änderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1) Gewinn- und Verlustrechnung			
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/Förderbeitrag	333,4	331,0	2,4
Risikovorsorge/Förderbeitrag	20,6	18,6	2,0
Verwaltungsaufwendungen	67,3	65,0	2,3
Übriges Ergebnis	-6,4	-9,2	2,8
Operatives Ergebnis	239,1	238,2	0,9
Fair-Value- und Hedge-Ergebnis	-235,0	204,9	-439,9
Konzernjahresüberschuss	4,1	443,1	-439,0
2) Sonstiges Ergebnis			
Ergebnis aus Available-for-Sale-Instrumenten	11,4	-56,5	67,9
Versicherungsmathematische Gewinne/ Verluste aus Pensionsverpflichtungen	-7,6	5,7	-13,3
3) Konzerngesamtergebnis	7,9	392,3	-384,4

Operatives Ergebnis

Das Operative Ergebnis des Geschäftsjahres 2016 in Höhe von 239,1 Mio. EUR lag leicht über dem Vorjahreswert (238,2 Mio. EUR). Die erhöhten Aufwendungen des Postens Risikovorsorge/Förderbeitrag sowie die gestiegenen Verwaltungsaufwendungen konnten durch den gestiegenen Zinsüberschuss sowie durch das verbesserte Übrige Ergebnis überkompensiert werden.

Das Operative Ergebnis ging aufgrund von zwei Faktoren nicht wie geplant um 25 % zurück: Im Vergleich zur Prognose und den entsprechenden Planwerten konnten im Fördergeschäft und im Treasury Management deutlich höhere Gesamtmargen erzielt werden. Darüber hinaus stieg der Verwaltungsaufwand deutlich weniger als prognostiziert. Diese Faktoren werden nachstehend näher erläutert.

Die Zinserträge inklusive der Beteiligungserträge lagen bei 3 567,3 Mio. EUR (3 734,4 Mio. EUR). Abzüglich der Zinsaufwendungen von 3 233,9 Mio. EUR (3 403,4 Mio. EUR) ergab sich ein Zinsüberschuss von 333,4 Mio. EUR (331,0 Mio. EUR). Dieser unerwartete Anstieg erklärt sich vor allem durch höhere Margen im Treasury Management, die deutlich über dem Planwert lagen. Für Details wird auf das Operative Ergebnis nach Segmenten verwiesen.

Der Aufwand für Risikovorsorge/Förderbeitrag erhöhte sich um 2,0 Mio. EUR bzw. 10,8 % auf 20,6 Mio. EUR. Wesentliche Ursachen waren der um 4,3 Mio. EUR auf 19,1 Mio. EUR (14,8 Mio. EUR) gestiegene Förderbeitrag dem ein im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 Mio. EUR geringerer Risikovorsorgeaufwand entgegenstand.

Der Förderbeitrag umfasst den Zuschuss für die von der Rentenbank gewährten Programmkredite. Zum Zeitpunkt der Zusage entsteht ein Förderaufwand, der über die Restlaufzeit des Geschäfts erfolgswirksam verbraucht wird. Der Aufwand für die Zuführung zum Förderbeitrag stieg dabei um 7,2 Mio. EUR auf 89,3 Mio. EUR (82,1 Mio. EUR), die Erträge aus dem Verbrauch erhöhten sich um 2,9 Mio. EUR auf 70,2 Mio. EUR (67,3 Mio. EUR).

Nach IFRS werden Wertminderungen aufgrund von Zahlungsausfällen nur für bereits eingetretene Verluste ermittelt. Da der Konzern Kredite grundsätzlich an andere Banken auslegt, werden Ausfallrisiken zeitnah identifiziert. Für das grundsätzlich bestehende Risiko, bereits entstandene Verluste noch nicht erkannt zu haben, wird für zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Forderungen und Wertpapiere eine Portfoliowertberichtigung auf Basis eines Modells zur Darstellung des erwarteten Verlusts bestimmt. Im aktuellen Geschäftsjahr wurde die im Vorjahr gebildete Einzelwertberichtigung in Höhe von 2,2 Mio. EUR aufgrund der Fälligkeit und vollständigen Rückzahlung des wertberichtigten Engagements aufgelöst. Hieraus resultierte ein Ertrag in Höhe von 2,2 Mio. EUR. Der Aufwand aus der Portfoliowertberichtigung stieg im Vergleich zum Vorjahr um 2,1 Mio. EUR und lag damit im Geschäftsjahr bei 3,7 Mio. EUR (1,6 Mio. EUR).

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich im Geschäftsjahr um 3,5 % auf 67,3 Mio. EUR (65,0 Mio. EUR). Die darin enthaltenen Personalaufwendungen lagen mit 34,5 Mio. EUR (33,8 Mio. EUR) um 0,7 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte, Sachanlagen und auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien stiegen auf 7,0 Mio. EUR (6,2 Mio. EUR). Grund hierfür waren insbesondere planmäßige Abschreibungen auf zuvor aktivierte Projektausgaben für die Einführung neuer IT-Systeme.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 0,8 Mio. EUR bzw. 3,2 % auf 25,8 Mio. EUR (25,0 Mio. EUR). Grund hierfür waren im Wesentlichen gestiegene Aufwendungen für Prüfungen und Beiträge, die sich um 0,7 Mio. EUR auf 4,2 Mio. EUR (3,5 Mio. EUR) erhöhten.

Das Übrige Ergebnis verbesserte sich um 2,8 Mio. EUR bzw. 30,4 % auf -6,4 Mio. EUR (-9,2 Mio. EUR). Hier wirkte sich positiv aus, dass die ergebnisbelastenden Effekten aus der Kapitalaufstockung der Edmund Rehwinkel-Stiftung entfielen und der Steueraufwand geringer war.

Operatives Ergebnis nach Segmenten

01.01. bis 31.12.	Förder- geschäft		Kapitalstock- anlage		Treasury Management		Summe	
	2016 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2016 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2016 Mio. EUR	2015 Mio. EUR	2016 Mio. EUR	2015 Mio. EUR
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/ Förderbeitrag	172,8	190,5	118,8	116,7	41,8	23,8	333,4	331,0
Risikovorsorge/ Förderbeitrag	20,6	18,6	0,0	0,0	0,0	0,0	20,6	18,6
Verwaltungs- aufwendungen	51,5	49,1	9,8	9,4	6,0	6,5	67,3	65,0
Übriges Ergebnis	-5,3	-9,0	-1,0	0,0	-0,1	-0,2	-6,4	-9,2
Operatives Ergebnis	95,4	113,8	108,0	107,3	35,7	17,1	239,1	238,2

Das Operative Ergebnis des Segments „Fördergeschäft“ reduzierte sich erwartungsgemäß und lag bei 95,4 Mio. EUR (113,8 Mio. EUR). Durch die vor allem in den ersten Monaten des Jahres 2016 getätigten hohen Neuabschlüsse im Fördergeschäft konnte der ertragsrelevante durchschnittliche Bestand im Vergleich zur Planung erhöht werden. Zudem lag die erzielte Gesamtmarge des Neugeschäfts deutlich über unseren ursprünglichen Planungsannahmen. Das Zinsergebnis vor Risikovorsorge/Förderbeitrag des Segments „Fördergeschäft“ reduzierte sich daher weniger stark als geplant und lag bei 172,8 Mio. EUR (190,5 Mio. EUR). In dem Vorjahreswert war noch die DZ BANK-Dividende in Höhe von 6,1 Mio. EUR enthalten, die aufgrund der konzerninternen Umgliederung ab 2016 im Segment „Kapitalstockanlage“ ausgewiesen wird. Die weiterhin hohe Nachfrage nach unseren Programmkrediten führte zu gestiegenen Aufwendungen für den Zinszuschuss. Der Posten Risikovorsorge/Förderbeitrag erhöhte sich im Wesentlichen hierdurch auf 20,6 Mio. EUR (18,6 Mio. EUR). Der Verwaltungsaufwand inklusive Abschreibungen des Segments „Fördergeschäft“ stieg um 2,4 Mio. EUR auf 51,5 Mio. EUR.

Die Zinserträge aus dem Segment „Kapitalstockanlage“ erhöhten sich erwartungsgemäß, und zwar auf 118,8 Mio. EUR. Sie lagen damit um 2,1 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Allerdings wirkte sich die niedrige Verzinsung der Neuanlagen infolge des Niedrigzinsumfelds im Vergleich zu den höherverzinslichen fälligen Anlagen negativ aus. Das höhere Bestandsvolumen aus der

Gewinnthesaurierung sowie der erstmalige Ausweis der DZ BANK-Dividende in diesem Segment (vormals im Fördergeschäft) konnten diesen Effekt jedoch überkompensieren, so dass der Zinsertrag des Segments in Summe leicht anstieg. Insgesamt erhöhte sich damit das Operative Ergebnis des Segments leicht auf 108,0 Mio. EUR (107,3 Mio. EUR).

Im Segment „Treasury Management“ war das Zinsergebnis im abgelaufenen Jahr durch weiter steigende Margen aufgrund niedrigerer kurzfristiger Refinanzierungskosten geprägt und lag hierdurch deutlich über unserer Planung. Das Operative Ergebnis des Segments stieg entsprechend deutlich auf 35,7 Mio. EUR (17,1 Mio. EUR).

Fair-Value- und Hedge-Ergebnis

Sämtliche Derivate und bestimmte nicht-derivative Finanzinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden als unrealisierte Gewinne oder Verluste im Fair-Value- und Hedge-Ergebnis ausgewiesen. Bei einem vorzeitigen Verkauf bzw. Rückkauf von zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten werden eventuell realisierte Gewinne oder Verluste ebenfalls im Fair-Value- und Hedge-Ergebnis ausgewiesen.

Für Grundgeschäfte in bilanziellen Sicherungsbeziehungen werden nur die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt, die aus Veränderungen der Deposit/Swap-Kurve (Veränderung des gesicherten Risikos) resultieren. Für die restlichen zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente werden im Rahmen der Bewertung die Veränderungen sämtlicher Marktparameter, wie z. B. auch der Credit Spreads, herangezogen.

Die Zins- und Wechselkursänderungen führen aufgrund der weitgehend fristenkongruenten Refinanzierung sowie der Absicherung durch derivative Geschäfte zu keinen wesentlichen Bewertungseffekten.

Das Fair-Value- und Hedge-Ergebnis fiel deutlich auf -235,0 Mio. EUR (Bewertungsgewinne von 204,9 Mio. EUR). Es ist insbesondere durch Bewertungsverluste aus dem Rückgang der Credit Spreads bei den eigenen Emissionen geprägt. Ebenfalls enthalten im Fair-Value- und Hedge-Ergebnis ist ein realisierter Gewinn in Höhe von 5,0 Mio. EUR aus dem Rückkauf einer eigenen Emission.

Bei der Rentenbank als Nichthandelsbuchinstitut mit einer grundsätzlichen Buy-and-Hold-Strategie stellen Bewertungsgewinne oder -verluste lediglich eine temporäre Größe dar, sofern kein Geschäftspartner ausfällt. Spätestens bei Fälligkeit der jeweiligen Geschäfte liegt das kumulierte Bewertungsergebnis bei null. Unabhängig davon sind die Bewertungsergebnisse in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung nach IFRS Grundlage für das aufsichtsrechtliche Eigenkapital sowie für die Risikotragfähigkeitsrechnung. Bei den regulatorischen Eigenmitteln werden die Bewertungsergebnisse aus den eigenen Emissionen über „Prudential Filters“ neutralisiert.

Konzernjahresüberschuss

Unter Berücksichtigung des negativen Fair-Value- und Hedge-Ergebnisses in Höhe von 235,0 Mio. EUR (Bewertungsgewinne von 204,9 Mio. EUR) verringerte sich der Konzernjahresüberschuss um 439,0 Mio. EUR auf 4,1 Mio. EUR (443,1 Mio. EUR).

Sonstiges Ergebnis

Das Sonstige Ergebnis reflektiert die Veränderungen in der Neubewertungsrücklage. Es beinhaltet Ergebnisse aus der Bewertung von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“ und die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus der Bewertung der Pensionsverpflichtungen.

Für die Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“ werden hier im Wesentlichen die Credit-Spread-induzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts erfasst. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Wertpapiere, die auf Schwankungen der Deposit/Swap-Kurve basieren, werden durch die Bilanzierung der Sicherungszusammenhänge im Fair-Value- und Hedge-Ergebnis ausgewiesen.

Die Credit Spreads für Wertpapiere verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr. Die hierdurch gestiegenen Marktwerte führten zu Bewertungsgewinnen von 11,4 Mio. EUR (Bewertungsverluste von 56,4 Mio. EUR).

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus der Bewertung von Pensionsverpflichtungen resultieren zum einen aus Abweichungen zwischen erwarteten und tatsächlich eingetretenen versicherungsmathematischen Annahmen der Vorperiode und zum anderen aus geänderten Annahmen für die Zukunft. Im Jahr 2016 wurden versicherungsmathematische Verluste in Höhe von 7,6 Mio. EUR (Gewinne 5,7 Mio. EUR) ausgewiesen. Diese Verluste basieren im Wesentlichen auf einem gesunkenen Rechnungszins, der zu einer entsprechend höheren Pensionsrückstellung führte.

Konzerngesamtergebnis

Das Konzerngesamtergebnis lag zum 31.12.2016 mit 7,9 Mio. EUR (392,3 Mio. EUR) um 384,4 Mio. EUR deutlich unter dem Vorjahreswert. Grund hierfür ist vor allem das um 439,9 Mio. EUR gesunkene Fair-Value- und Hedge-Ergebnis.

Überleitung zum Bilanzgewinn

Nach dem LR-Gesetz wird der Jahresüberschuss nach HGB in eine Deckungsrücklage und eine Hauptrücklage eingestellt bzw. der verbleibende Betrag ausgeschüttet. Dabei wird der Ausschüttungsbetrag als Bilanzgewinn dargestellt. Nach IFRS werden diese Größen informatorisch als Eigenkapitalbestandteile dargestellt. Der verbleibende Differenzbetrag zum Konzernjahresüberschuss wird den Gewinnrücklagen zugeführt bzw. entnommen.

Das LR-Gesetz beschränkt gemäß § 2 Abs. 3 Satz 2 die maximale Höhe der Deckungsrücklage auf 5 % des Nennbetrags der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen. Deren Volumen ging zurück. Deshalb wurden entsprechend 21,6 Mio. EUR (23,1 Mio. EUR) der Deckungsrücklage entnommen und in gleicher Höhe der Hauptrücklage zugeführt.

Vorbehaltlich der noch ausstehenden Beschlüsse der zuständigen Organe für den Jahresabschluss nach HGB sollen nach IFRS 54,9 Mio. EUR aus den anderen Gewinnrücklagen entnommen werden.

Davon sollen 44,2 Mio. EUR der Hauptrücklage zugeführt werden. Nach Rücklagendotierung verbleibt ein Konzernbilanzgewinn von 14,8 Mio. EUR (14,3 Mio. EUR).

Ertragslage Rentenbank

Die Ertragslage gemäß Jahresabschluss der Rentenbank nach den Regelungen des HGB entwickelte sich insgesamt zufriedenstellend und stellte sich wie folgt dar:

	01.01. bis 31.12.2016	01.01. bis 31.12.2015	Änderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsüberschuss ¹⁾	318,7	311,9	6,8
davon Aufwendungen für Zinszuschuss Programmkredite	82,9	77,2	5,7
Sonderausschüttung LRB	0,0	49,8	-49,8
Provisionsüberschuss	-2,1	-2,2	0,1
Verwaltungsaufwendungen	61,1	59,8	1,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-0,1	-16,4	16,3
Ertragssteuern	1,0	0,0	1,0
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge ²⁾	254,4	233,5	20,9
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung	254,4	283,3	-28,9
Risikovorsorge/Reserven	195,4	226,3	-30,9
Jahresüberschuss	59,0	57,0	2,0 ₁₎

Zinsüberschuss inklusive Erträgen aus Beteiligungen

²⁾ Vorjahreswert um Sonderausschüttung LRB bereinigt

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung (HGB) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 9 % auf 254,4 Mio. EUR (233,5 Mio. EUR). Der Vorjahreswert wurde um den Einmaleffekt einer erfolgswirksamen Sonderausschüttung der Tochtergesellschaft LRB in Höhe von 49,8 Mio. EUR bereinigt.

Während wir im Rahmen der Planung noch eine rückläufige Tendenz erwartet hatten, entwickelte sich das Ergebnis im Wesentlichen aufgrund des stark gestiegenen Zinsüberschusses im Treasury Management sowie aufgrund von Sondereffekten im sonstigen betrieblichen Ergebnis erfreulich. Das sonstige betriebliche Ergebnis verbesserte sich deutlich von -16,4 Mio. EUR im Vorjahr auf -0,1 Mio. EUR. Der sonstige betriebliche Ertrag erhöhte sich um rd. 5 Mio. EUR durch zusätzliche Erlöse aus dem Rückkauf einer eigenen Emission aufgrund eines Investorenwunsches. Darüber hinaus reduzierte sich der sonstige betriebliche Aufwand aus der durch den Gesetzgeber beschlossenen Umstellung des HGB-Rechnungszinses für die Pensionsrückstellungen um rund 10 Mio. EUR.

Anders als im HGB-Ergebnis wirkten sich die beschriebenen Sondereffekte im Operativen Ergebnis nach IFRS nicht aus. Auch die erstmalige Vereinnahmung der DZ BANK-Dividende im HGB-Ergebnis hatte keine Auswirkung auf das IFRS-Konzernergebnis. In Summe lag der Anstieg des HGB-Ergebnisses dadurch deutlich über dem Anstieg des Operativen Ergebnisses nach IFRS.

Ansonsten entspricht die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Risikovorsorge/ Bewertung (HGB) strukturell der Entwicklung des Operativen Ergebnisses nach IFRS, mit Ausnahme der Bildung und Auflösung der Einzel- und Pauschalwertberichtigungen. Daher wird im Weiteren auf die grundsätzlichen Darstellungen zur Ertragslage des Konzerns verwiesen.

Die Risikovorsorge/Reserven enthalten im Wesentlichen die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen nach HGB und die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken. Die Pauschalwertberichtigungen erhöhten sich um 2,4 Mio. EUR auf 18,6 Mio. EUR (16,2 Mio. EUR). Eine im Vorjahr gebildete Einzelwertberichtigung in Höhe von 2,0 Mio. EUR konnte aufgrund der planmäßig erfolgten Rückzahlung am Fälligkeitstermin vollständig ertragswirksam aufgelöst werden. Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) wurden 195,7 Mio. EUR (279,2 Mio. EUR) zugeführt.

In Summe ergab sich ein um 2,0 Mio. EUR auf 59,0 Mio. EUR (57,0 Mio. EUR) gestiegener Jahresüberschuss. Hieraus wurden 44,2 Mio. EUR (42,7 Mio. EUR) der Hauptrücklage zugeführt. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 14,8 Mio. EUR (14,3 Mio. EUR), mit dem die Landwirtschaft und der ländliche Raum gefördert werden.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung (Operatives Ergebnis) belief sich auf 254,4 Mio. EUR (233,5 Mio. EUR, bereinigt um die Sonderausschüttung). Die Entwicklung verlief deutlich positiver als erwartet. Im Rahmen unserer Planung waren wir noch mit einem bis zu 25 % rückläufigen Ergebnis ausgegangen. Einerseits entwickelte sich das Zinsergebnis deutlich besser als erwartet, da die erzielten Neugeschäftsmargen im Fördergeschäft und vor allem im Treasury Management deutlich über Plan lagen. Zum anderen lag der Anstieg des Verwaltungsaufwands unter den Erwartungen, da die IT- und Projektaufwendungen geringer als geplant ausfielen. Die Personalkosten lagen ebenfalls deutlich unter Plan, da den Pensionsrückstellungen weniger Mittel zugeführt werden mussten und zusätzliche Planstellen erst sukzessive mit neuen Mitarbeitern besetzt wurden. Darüber hinaus enthielt die Planung 2016 aufgrund der noch unklaren Ausgestaltung und Höhe der zu leistenden Bankenabgabe einen konservativen Schätzwert. Auch das sonstige betriebliche Ergebnis entwickelte sich aufgrund der positiven Einmaleffekte (siehe Ertragslage Rentenbank) deutlich über Plan.

Die beschriebenen positiven Entwicklungen beim Betriebsergebnis beeinflussten auch den Leistungsindikator Cost-Income-Ratio. Dieser entwickelte sich dadurch deutlich besser als geplant. Insbesondere die positiven Einmaleffekte im sonstigen betrieblichen Ergebnis führten zu einem Rückgang der Aufwendungen auf 71,4 Mio. EUR (80,7 Mio. EUR), während sich die Erträge mit 325,8 Mio. EUR (314,2 Mio. EUR) sogar leicht erhöhten. Hierdurch verbesserte sich die Cost-Income-Ratio von 25,7 % (um die Sonderausschüttung bereinigter Vorjahreswert) auf 21,9 %. Die Cost-Income-Ratio liegt damit auch weiterhin auf einem im Wettbewerbsvergleich sehr moderaten Niveau.

Der Leistungsindikator Förderdividende enthält u. a. die Zinsverbilligung der Programmkredite, für die wir im Berichtsjahr nominal 66,4 Mio. EUR (63,6 Mio. EUR) aus eigenen Erträgen einsetzten. Ferner bezuschussten wir unser Programm „Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft“ mit

3,0 Mio. EUR. Einschließlich des zur Ausschüttung vorgesehenen Bilanzgewinns in Höhe von 14,8 Mio. EUR stieg die Förderdividende 2016 damit auf 84,2 Mio. EUR und lag erwartungsgemäß über dem Vorjahr (82,9 Mio. EUR).

Finanzlage

Kapitalstruktur

Kapitalstruktur Konzern

	31.12.2016	31.12.2015	Änderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
<u>Fremdkapital</u>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2 448,5	2 829,3	- 380,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 189,0	4 408,3	- 219,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	73 831,8	71 544,9	2 286,9
Nachrangige Verbindlichkeiten	740,7	729,4	11,3
<u>Eigenkapital</u>			
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen	3 464,2	3 474,9	- 10,7
Neubewertungsrücklage	65,5	61,7	3,8
Bilanzgewinn	14,8	14,3	0,5

Fremdkapital

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 13,5 % auf 2,4 Mrd. EUR (2,8 Mrd. EUR) im Wesentlichen durch die Rückzahlung von Termingeldern und Globaldarlehen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sanken – hauptsächlich durch fällige Namensschuldverschreibungen – um 0,2 Mrd. EUR bzw. 5,0 % auf 4,2 Mrd. EUR (4,4 Mrd. EUR).

Die Verbrieften Verbindlichkeiten erhöhten sich um 2,3 Mrd. EUR bzw. 3,2 % auf 73,8 Mrd. EUR (71,5 Mrd. EUR). Die Medium-Term-Note-Programme (MTN) waren mit 51,8 Mrd. EUR (51,8 Mrd. EUR) weiterhin die wichtigsten Refinanzierungsinstrumente. Der Buchwert der Globalanleihen lag am Jahresende bei 16,0 Mrd. EUR (16,2 Mrd. EUR). Der Buchwert der Euro Commercial Paper (ECP) stieg um 2,4 Mrd. EUR auf 5,9 Mrd. EUR (3,5 Mrd. EUR).

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten lagen mit 0,7 Mrd. EUR (0,7 Mrd. EUR) auf Vorjahresniveau.

Alle zur Refinanzierung aufgenommenen Geld- und Kapitalmarktmittel wurden zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen.

Die folgende Analyse gliedert die Verbindlichkeiten nach Fälligkeiten, Währungen und Zinsstruktur auf Basis der IFRS-Buchwerte:

	bis 1 Jahr		1 bis 5 Jahre		größer 5 Jahre	
	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
<u>Fester Zins</u>						
EUR	1 725,3	3 294,1	11 711,2	8 858,0	6 645,6	7 570,0
USD	3 801,6	4 255,5	11 086,7	10 147,6	6 618,0	6 773,7
AUD	1 262,9	786,0	4 793,6	4 460,6	3 587,7	4 515,0
JPY	21,1	0,0	300,3	246,2	205,1	369,7
CHF	606,9	390,4	198,4	763,4	57,0	113,0
NOK	7,4	286,0	564,1	499,2	0,0	0,0
GBP	974,6	836,6	1 572,6	1 616,6	0,0	0,0
Sonstige	1 117,8	436,5	2 118,2	2 732,1	621,9	658,7
<u>Nullkupon</u>						
EUR	33,3	37,8	11,1	44,3	1 400,7	972,2
USD	5 662,6	3 005,4	0,0	0,0	0,0	0,0
AUD	239,0	154,0	0,0	0,0	0,0	0,0
GBP	0,0	103,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige	0,0	251,4	0,0	0,0	0,0	0,0
<u>Variabler Zins</u>						
EUR	1 476,9	1 539,0	5 393,7	4 854,3	19,9	1 808,6
USD	957,5	1 928,3	5 136,8	3 071,2	64,7	570,9
AUD	0,9	421,7	274,2	269,5	0,0	0,0
JPY	0,0	11,6	156,6	35,8	151,5	262,8
NOK	205,1	0,0	245,5	224,4	0,0	0,0
GBP	1,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige	104,8	152,4	75,9	183,9	0,0	0,0
Summe	18 199,0	17 890,2	43 638,9	38 007,1	19 372,1	23 614,6

Eigenkapital

Die Auszahlung des Konzernbilanzgewinns aus dem Vorjahr in Höhe von 14,3 Mio. EUR lag über dem Konzerngesamtergebnis in Höhe von 7,9 Mio. EUR. Dadurch verringerte sich das Eigenkapital insgesamt um 6,4 Mio. EUR auf 3 679,5 Mio. EUR (3 685,9 Mio. EUR).

Kapitalstruktur Rentenbank

Die Finanzlage auf Basis des Jahresabschlusses der Rentenbank nach den Regelungen des HGB stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2016	31.12.2015	Änderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
<u>Fremdkapital</u>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3 053,6	3 461,7	- 408,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3 766,6	3 963,3	- 196,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	69 982,0	67 304,9	2 677,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	615,1	608,4	6,7
<u>Eigenkapital (einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken)</u>			
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen	1 053,8	1 009,5	44,3
Bilanzgewinn	14,8	14,3	0,5
Fonds für allgemeine Bankrisiken	3 106,9	2 911,2	195,7

Das Fremdkapital nach HGB und IFRS entwickelt sich strukturell gleich. Es weicht zwischen Konzern und Rentenbank aufgrund der nach IFRS durchzuführenden Bewertung zum beizulegenden Zeitwert bzw. der Anwendung des Hedge Accountings ab. Es wird daher auf die Darstellungen des Fremdkapitals in der Kapitalstruktur des Konzerns verwiesen.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde um 0,2 Mrd. EUR auf 3,1 Mrd. EUR (2,9 Mrd. EUR) aufgestockt. Hierdurch stieg das Eigenkapital um 0,2 Mrd. EUR im Vergleich zu 2015.

Investitionen

Die Rentenbank hat in den letzten Jahren in erheblichem Umfang in die Modernisierung der IT-Anwendungssysteme investiert. Insbesondere das integrierte Front-to-Back-System (Murex) und die Rating-Plattform wurden weiterentwickelt. Ein wichtiges Projekt stellt derzeit die Einführung von SAP als zukünftiges Finanzsystem dar. Darüber hinaus haben wir den Digitalisierungsgrad der Kunden- und Geschäftspartnerschnittstellen (Extranet) erhöht. Zusätzlich investierten wir in Systeme und Prozesse, um neue regulatorische Anforderungen umzusetzen.

Die beschriebenen Projektaktivitäten spiegeln sich neben den laufenden Verwaltungsaufwendungen auch in der Entwicklung der Immateriellen Vermögenswerte wider. Hier erfolgten im abgelaufenen Jahr Zugänge bei den Anschaffungskosten in Höhe von 4,3 Mio. EUR (4,6 Mio. EUR).

Liquidität

Die Liquiditätsanalyse des Konzerns stellt die vertraglich vereinbarten Rückzahlungsbeträge dar:

31.12.2016	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre bzw. unbestimmt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	240,0	334,6	1 065,0	680,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	135,9	65,9	760,0	3 633,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	8 473,8	8 802,2	35 340,0	20 293,1
Negative Markt- werte aus derivativen Finanz- instrumenten	239,0	244,0	608,0	143,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	41,4	17,6	331,6	323,6
Summe	9 130,1	9 464,3	38 104,6	25 072,8

31.12.2015	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre bzw. unbestimmt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	325,9	340,4	880,0	1 190,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	246,5	337,4	766,1	3 277,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	8 868,0	8 054,3	35 125,2	18 160,3
Negative Markt- werte aus derivativen Finanz- instrumenten	179,0	56,0	918,0	517,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	7,7	17,8	134,8	507,0
Summe	9 627,1	8 805,9	37 824,1	23 651,9

Der Konzern verfügt über ausreichende liquide Mittel und kann jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen uneingeschränkt nachkommen.

Vermögenslage

Vermögenslage Konzern

	31.12.2016	31.12.2015	Änderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	57 511,0	55 457,2	2 053,8
Forderungen an Kunden	7 496,8	6 380,9	1 115,9
Finanzanlagen	19 254,6	19 912,2	- 657,6
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6 549,5	7 238,9	- 689,4
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7 333,1	7 152,9	180,2

Die Rentenbank vergibt Kredite wettbewerbsneutral und grundsätzlich über Banken. In der Vermögenslage spiegelt dies der Posten Forderungen an Kreditinstitute wider, dessen Anteil an der Bilanzsumme bei 60,5 % (59,4 %) lag. Dieser Posten valutierte zum Jahresultimo mit 57,5 Mrd. EUR (55,5 Mrd. EUR).

Die Forderungen an Kunden beinhalten im Wesentlichen Schuldscheindarlehen gegenüber Bundesländern. Insgesamt erhöhte sich der Bilanzposten um 1,1 Mrd. EUR auf 7,5 Mrd. EUR (6,4 Mrd. EUR).

Die Finanzanlagen enthalten nahezu ausschließlich Bankanleihen. Sie reduzierten sich im Wesentlichen durch Fälligkeiten, die über dem Neugeschäft lagen, um 0,7 Mrd. EUR auf 19,3 Mrd. EUR (19,9 Mrd. EUR).

Die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten sanken um 0,7 Mrd. EUR auf 6,5 Mrd. EUR (7,2 Mrd. EUR), die negativen Marktwerte stiegen um 0,2 Mrd. EUR auf 7,3 Mrd. EUR (7,2 Mrd. EUR). Derivate nutzt der Konzern ausschließlich dazu, bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken abzusichern. Mit allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, bestehen Besicherungsvereinbarungen. Die Bank schließt keine Credit Default Swaps (CDS) ab.

Vermögenslage Rentenbank

Die Vermögenslage gemäß dem Jahresabschluss der Rentenbank nach HGB stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2016	31.12.2015	Änderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	57 793,8	55 682,4	2 111,4
Forderungen an Kunden	6 048,2	5 304,4	743,8
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	17 764,6	18 302,1	- 537,5

Die Vermögenslage nach HGB und IFRS entwickelt sich strukturell gleich. Sie weicht zwischen Konzern und Rentenbank aufgrund der nach IFRS durchzuführenden Bewertung zum beizulegenden Zeitwert bzw. der Anwendung des Hedge Accounting ab. Es wird daher auf die Darstellungen zur Vermögenslage im Konzern verwiesen.

Der Wertpapierbestand enthielt zum Jahresende Bankanleihen und Schuldverschreibungen des Anlagebestands in Höhe von nominal 17,4 Mrd. EUR (18,2 Mrd. EUR). Es befand sich, wie im Vorjahr, kein Bestand in der Liquiditätsreserve.

Der Vorstand beurteilt den Geschäftsverlauf sowie die Entwicklung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage als zufriedenstellend. Dies gilt auch für die Erreichung der im Rahmen des Steuerungssystems definierten strategischen Ziele.

Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren

Gesellschaftliches Engagement

Als bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts ist die Rentenbank auch über ihren Förderauftrag hinaus verpflichtet, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Sie unterstützt vor allem Kulturinstitutionen und ausgewählte karitative Projekte an ihrem Sitz in Frankfurt am Main. Regelmäßig erhalten u. a. die Oper Frankfurt, die Schirn Kunsthalle, das Städel Museum, The English Theatre und die Staatliche Hochschule für Bildende Künste – Städelschule Zuwendungen. In der Städelschule fördert die Rentenbank junge Talente durch die Stiftung eines Gruppenpreises im Rahmen des jährlichen „Rundgangs“. Die Rentenbank unterstützt ferner verschiedene karitative Projekte von Kirchen, Verbänden und Vereinen durch regelmäßige Weihnachtsspenden.

Mitarbeiter

Der Personalstand erhöhte sich im abgelaufenen Jahr. Am Jahresende 2016 beschäftigte die Rentenbank 282 (269) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Auszubildende, Praktikanten, Beschäftigte in Elternzeit und Vorstandsmitglieder). Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit lag bei rund elf Jahren. Das Verhältnis von männlichen und weiblichen Beschäftigten war mit 55 % zu 45 % nahezu ausgeglichen. 81 % der Teilzeitbeschäftigten waren Frauen.

Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen

Die Rentenbank erstellt den Konzernabschluss auf freiwilliger Basis nach den Standards der internationalen Rechnungslegung, den Jahresabschluss sowie den zusammengefassten Lagebericht nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) und den jeweils hierzu ergänzenden Verlautbarungen. Dabei wird auf eine ordnungsgemäße Erstellung sowie auf die Einhaltung der Veröffentlichungsfristen geachtet. Dies wird insbesondere durch ein Internes Kontrollsystem (IKS) sichergestellt.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen von strategischer Bedeutung betreffen die Eigenmittel, die Liquidität, die Bemessungsgrundlage der Leverage Ratio und die Risikogewichtung der Aktiva. Die umfassende Einhaltung aller bestehenden aufsichtsrechtlichen Regelungen hat höchste Priorität. Der Arbeitskreis Regulatorische Themen (ART), in dem unter anderem auch das Referat

Compliance vertreten ist, ist im Konzern dafür zuständig, neue aufsichtsrechtliche Anforderungen frühzeitig zu erkennen und deren Umsetzung konzernweit zu steuern bzw. zu überwachen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, waren nicht zu verzeichnen.

Prognose und Chancenbericht

Entwicklung der Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung der Rentenbank wird im Wesentlichen von den Rahmenbedingungen an den Kredit- und Finanzmärkten geprägt.

Diese werden maßgeblich durch die Geldpolitik der Notenbanken, die Preis- und Währungsentwicklung sowie die Entwicklung der öffentlichen Finanzen beeinflusst. Für die Nachfrage nach Förderkrediten spielen sowohl die Zinsentwicklung als auch die Situation an den Agrarmärkten und in der Landwirtschaft eine wichtige Rolle.

Am Jahresbeginn 2017 stellt sich die wirtschaftliche Lage in bedeutenden Industrieländern als überwiegend recht solide dar. Belastet wird der Ausblick jedoch durch zahlreiche politische Unsicherheitsfaktoren, wie den zukünftigen Kurs der US-amerikanischen Regierung, den weiteren Verlauf des „Brexit“, der nach wie vor angespannten geopolitischen Lage, aber auch den unsicheren Ausgang verschiedener Wahlen in Europa.

Während die Aussichten auf weitere Zinserhöhungen durch die Fed und ein möglicherweise expansiverer fiskalpolitischer Kurs in den USA tendenziell zinssteigernd wirken, könnte eine damit verbundene Dollar-Aufwertung protektionistische Maßnahmen nach sich ziehen und eine weltweite Abwertungsspirale auslösen. Dies dürfte dann eher die Renditen senken, ebenso wie die weiterhin expansive Geldpolitik der EZB in Verbindung mit den geopolitischen Unsicherheiten. Da die Teuerungsraten aufgrund von Basiseffekten beim Ölpreis sowohl in den USA als auch in Europa bereits deutlich angezogen haben und sich dieser Trend mittelfristig wahrscheinlich fortsetzt, erwartet die Rentenbank für das laufende Jahr insgesamt eher eine leichte Aufwärtsbewegung des Zinsniveaus.

Im Rahmen des „Konjunktur- und Investitionsbarometers Agrar“ werden rund 1 800 Landwirte u.a. nach ihren Investitionsabsichten in den nächsten sechs Monaten befragt. Danach plant die deutsche Landwirtschaft im ersten Halbjahr 2017, insgesamt 3,6 Mrd. EUR zu investieren (Dezemberbefragung 2016). Dieses Volumen liegt über dem geplanten Niveau des Vorjahreszeitraums (3,3 Mrd. EUR).

Dies unterstreicht, dass die Landwirte auch hinsichtlich der nächsten zwei bis drei Jahre optimistischer in die Zukunft blicken. Mit den steigenden Milch- und Fleischpreisen schätzen

insbesondere Milchvieh- und Veredlungsbetriebe auch ihre aktuelle wirtschaftliche Lage inzwischen wieder deutlich besser ein.

Die Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) geht in ihrer Prognose bis 2025 davon aus, dass sich die weltweiten Agrarpreise zunächst auf einem konstanten Niveau bewegen werden. Das liegt zum einen am verlangsamten Wachstum der Weltwirtschaft. Zum anderen rechnet die FAO damit, dass das weltweite Angebot und die Nachfrage nach Agrargütern sich in gleichem Maße erhöhen werden. Steigende Erzeugerpreise werden langfristig für tierische Produkte erwartet. Damit gibt es eine positive Perspektive für Veredlungsbetriebe. Die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft hat demnach bessere Exportchancen. Die Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen zur Kraftstoffgewinnung sollte aufgrund der relativ niedrigen Ölpreise vorerst stagnieren. Daneben prognostiziert die FAO stärkere Preisschwankungen auf den Agrarmärkten, die beispielsweise durch die mögliche Aufhebung des russischen Embargos, Unwetterereignisse und Schwankungen des Ölpreises ausgelöst werden könnten.

Die Entwicklung der Fördersparte „Erneuerbare Energien“ hängt entscheidend vom EEG ab. Im Jahr 2016 wurde es novelliert. Kern der Neuregelung ist, dass die Einspeisevergütung ab 2017 nicht wie bisher staatlich festgelegt, sondern durch Ausschreibungen am Markt ermittelt wird. Aufgrund des Ausschreibungsmodells wird von geringeren Einspeisevergütungen für die Anlagenbetreiber ausgegangen. Dies könnte sich langfristig auf das Neugeschäft in der Fördersparte „Erneuerbare Energien“ auswirken. Allerdings erwarten wir für das Jahr 2017 noch zu finanzierende Windkraftanlagen, die nach dem „alten“ EEG genehmigt wurden. Daher rechnen wir in dieser Fördersparte für 2017 mit einer vergleichbar guten Geschäftsentwicklung wie im Vorjahr.

Die Rentenbank geht aufgrund ihrer risikobewussten Geschäftspolitik, ihrer Triple-A-Ratings, der Haftung des Bundes und damit einhergehend einem ausgezeichneten Zugang zu Refinanzierungsmitteln davon aus, ihren Förderauftrag weiterhin vollumfänglich erfüllen zu können.

Prognose der Geschäftsentwicklung

Zur Prognose der zukünftigen Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage werden Jahres- und Mehrjahrespläne über einen Betrachtungszeitraum von 5 Jahren erstellt. Sie umfassen die Neugeschäfts-, Bestands-, Kapital-, Ertrags- und Kostenplanung sowie Stressszenarien. Darüber hinaus enthält die Planung steuerungsrelevante aufsichtsrechtliche Kennzahlen sowie eine Prognose zur Entwicklung der Risikotragfähigkeit. Im Folgenden beziehen sich die Prognosen jeweils auf die Planung für das Jahr 2017.

Planung Operatives Ergebnis

Die folgenden Angaben beziehen sich auf die Planwerte der Rentenbank nach HGB.

In der aktuellen Planung erwarten wir im Segment „Fördergeschäft“ ein unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres liegendes Neugeschäftsvolumen bei gleichzeitig steigenden Fälligkeiten. Aufgrund des Ankaufprogramms der EZB wird tendenziell mit rückläufigen Aktiv-/Passivmargen im Neugeschäft gerechnet. Dies führt in Summe zu einem deutlich rückläufigen Zinsergebnis für das Segment „Fördergeschäft“.

Bei der Kreditvergabe werden die Programmkredite weiterhin den Schwerpunkt bilden. Nach dem Rekordwert im Jahr 2015 und dem ähnlich hohen Niveau im abgelaufenen Jahr gehen wir für 2017 aufgrund der differenzierten Entwicklung bei der Investitionstätigkeit unserer Endkreditnehmer allerdings davon aus, dass das Neugeschäft zurückgeht. Gleichwohl rechnen wir damit, dass sowohl der Bestand an Programmkrediten als auch dessen prozentualer Anteil an der Bilanzsumme weiter steigt.

Der Bestand an Wertpapieren sowie allgemeinen Förderkrediten reduzierte sich im abgelaufenen Jahr um ca. 3 %. Auch für 2017 ist erneut ein leichter Rückgang des Bestands geplant.

Im Segment „Kapitalstockanlage“ planen wir für das Jahr 2017 Zinserträge, die etwas unter dem Vorjahresniveau liegen. Hier wirkt sich vor allem die aufgrund des Niedrigzinsumfelds niedrige Neugeschäftsrendite negativ aus. Das höhere Bestandsvolumen aus der Gewinnthesaurierung kann diesen Effekt nicht vollständig kompensieren, sodass der Zinsertrag des Segments insgesamt leicht sinken wird.

Das Zinsergebnis des Segments „Treasury Management“ wird im Jahr 2017 voraussichtlich deutlich unter dem hohen Niveau des Vorjahres liegen, da wir von sinkenden Margen ausgehen.

Für das Zinsergebnis der drei Segmente erwarten wir 2017 insgesamt einen deutlich rückläufigen Wert.

Die Kostenplanung für das Jahr 2017 berücksichtigt insbesondere die erforderlichen langfristigen Investitionen in die Infrastruktur der Bank sowie die notwendigen Anpassungen zur Erfüllung zusätzlicher aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Darin enthalten sind Investitionen für die Weiterentwicklung von Murex, für die Einführung des neuen Finanzsystems, für die Verlagerung des Rechenzentrums sowie für die Erneuerung sonstiger eingesetzter Hard- und Software. Die vielfältigen Änderungen im Aufsichts- und Bilanzrecht werden – trotz eines straffen Kostenmanagements – auch im kommenden Jahr mit deutlich steigenden Verwaltungsaufwendungen (2016: 61,1 Mio. EUR) verbunden sein. Dies betrifft insbesondere auch die Personalkosten.

Vor dem Hintergrund der Ertrags- und Kostenentwicklung prognostizieren wir für 2017 insgesamt ein um ca. 25 % rückläufiges Operatives Ergebnis (Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung 2016: 254,4 Mio. EUR). Damit läge dieser Leistungsindikator jedoch im langfristigen Vergleich immer noch auf einem zufriedenstellenden Niveau.

Trotz des rückläufigen Ergebnistrends gehen wir davon aus, die Förderdividende (2016: 84,2 Mio. EUR) weiterhin auf einem angemessenen Niveau halten zu können. Für diesen Leistungsindikator erwarten wir im kommenden Jahr einen um 5 bis 10 % höheren Wert.

Infolge der rückläufigen Erträge bei gleichzeitig investitionsbedingt höheren Verwaltungsaufwendungen dürfte die Cost-Income-Ratio (2016: 21,9 %) deutlich steigen. Sie wird sich dennoch weiterhin auf einem zufriedenstellenden Niveau bewegen.

Insgesamt erwartet der Vorstand für das Geschäftsjahr 2017 aufgrund rückläufiger Zinserträge und höherer Verwaltungsaufwendungen einen deutlichen Rückgang des HGB Betriebsergebnisses vor Risikovorsorge/Bewertung.

Planung IFRS Konzernergebnis

Für das Operative Ergebnis nach IFRS (2016: 239,1 Mio. EUR) erwarten wir für 2017 einen ähnlich starken Rückgang wie beim HGB Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung, da sich beide Ergebnisse strukturell gleich entwickeln.

Das IFRS Bewertungsergebnis ist aufgrund der hohen Volatilität der Marktparameter und der Buy-and-Hold-Strategie nur unter sehr unsicheren Annahmen zu prognostizieren. Wir rechnen aktuell für 2017 mit einem positiven Bewertungsergebnis im zweistelligen Millionenbereich.

Insgesamt erwartet der Vorstand für das Geschäftsjahr 2017 ein höheres IFRS Konzerngesamtergebnis (2016: 7,9 Mio. EUR). Die erwartete Verbesserung des Bewertungsergebnisses (2016: -235,0 Mio. EUR) sollte den durch rückläufige Zinserträge und höhere Verwaltungsaufwendungen geprägten Rückgang des Operativen Ergebnisses mehr als ausgleichen können.

Chancen und Risiken

Im Vergleich zu den geplanten Ergebnissen für das Jahr 2017 könnten sich aufgrund veränderter Rahmenbedingungen weitere Chancen und Risiken für die geschäftliche Entwicklung ergeben.

So könnte sich die Staatsschuldenkrise im Euroraum erneut zuspitzen, was sich auf die Neugeschäftsvolumina und -margen im Aktiv- und Passivgeschäft auswirken würde. Ein ungünstigeres wirtschaftliches Umfeld würde entsprechend zu einem Neugeschäftsvolumen unter Plan führen. Allerdings hat sich bislang gezeigt, dass sich für die Rentenbank aufgrund ihrer hervorragenden Ratings und ihrer soliden Kapitalausstattung in schwierigen Situationen durchaus auch Chancen in Form attraktiver Refinanzierungsmöglichkeiten sowie hoher Margen im verbrieften Fördergeschäft und bei den allgemeinen Förderkrediten ergeben können. Andererseits spiegeln höhere Margen aber auch teilweise höhere Risiken wider, die sich über die Erhöhung der pauschalen Risikovorsorge ergebnisbelastend auswirken können.

Das andauernde Niedrigzinsumfeld, insbesondere bedingt durch die Geldpolitik der EZB, unterstützt einerseits die Nachfrage des landwirtschaftlichen Sektors nach Programmkrediten. Andererseits belastet es das Ergebnis des Segments „Kapitalstockanlage“ und wirkt sich auf die Margen im „Fördergeschäft“ aus. Zusätzliche Maßnahmen der EZB im Rahmen des erweiterten Ankaufprogramms können hier infolge sinkender Anlagerenditen und Margen zu einer weiteren Ergebnisbelastung führen. Eine Veränderung des Niedrigzinsumfelds, beispielsweise im Zuge eines starken Zinsanstiegs, wäre aufgrund der oben genannten Faktoren sowohl mit Risiken als auch mit Chancen für die Rentenbank verbunden. Die möglichen konkreten Folgen hängen vom Ausmaß der Zinsänderung sowie vom jeweiligen Segment und dem gewählten Beobachtungszeitraum ab.

Für den Verwaltungsaufwand könnten sich zusätzliche belastende Faktoren aus weiteren, bisher noch nicht bekannten aufsichtsrechtlichen Anforderungen ergeben. Dies würde sich auf die IT- und

Personalkosten auswirken. Zudem könnten über die bereits geplanten Investitionen hinaus weitere Veränderungen der IT- und Gebäude-Infrastruktur notwendig werden.

Je nach Veränderung der Marktparameter bestehen im Wesentlichen Risiken eines Bewertungsverlusts bei einer Ausweitung der Aktiv-Passivmarge am Markt und Chancen eines Bewertungsgewinns bei deren Einengung.

Trotz der von der Rentenbank praktizierten, risikoaversen Neugeschäftspolitik kann nicht ausgeschlossen werden, dass im weiteren Jahresverlauf bonitätsbeeinträchtigende Informationen über die wirtschaftlichen Verhältnisse von Geschäftspartnern bekannt werden. Dies kann Ratingverschlechterungen im Bestand nach sich ziehen und damit das Risikodeckungspotenzial im Rahmen der Risikotragfähigkeit belasten.

Die weitergehende Berichterstattung zu den Risiken enthält der Abschnitt Risikobericht.

Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr

Das Zinsergebnis vor Risikovorsorge/Förderbeitrag der drei Segmente lag im ersten Monat des laufenden Geschäftsjahres leicht über dem Vorjahr sowie dem anteiligen Planwert. Das Fair-Value- und Hedge-Ergebnis entwickelte sich im Januar insbesondere aufgrund von restlaufzeitbedingten Wertaufholungseffekten positiv. Auf Basis der bisherigen Neugeschäftsabschlüsse und Ergebnisse im laufenden Geschäftsjahr ist der Vorstand zuversichtlich, das geplante Volumen im Fördergeschäft sowie die operativen Planergebnisse für das Geschäftsjahr 2017 zu erreichen.

Der Prognosebericht enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf gegenwärtigen Erwartungen, Annahmen, Vermutungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm zur Verfügung stehenden Informationen basieren. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aussagen hinsichtlich unserer Pläne, Geschäftsstrategie und -aussichten. Wörter wie „erwarten“, „antizipieren“, „beabsichtigen“, „planen“, „glauben“, „anstreben“, „schätzen“ und ähnliche Begriffe kennzeichnen solche zukunftsgerichteten Aussagen. Diese Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen zu verstehen, sondern sind vielmehr von Faktoren abhängig, die Risiken und Unwägbarkeiten beinhalten und auf Annahmen beruhen, die sich gegebenenfalls als unrichtig erweisen können. Sofern keine anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen bestehen, können wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen.

Risikobericht

Alle wesentlichen Risiken sind auf die Rentenbank konzentriert und werden von dieser konzernweit gesteuert. Die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften ist eng begrenzt. Die Darstellungen im Risikobericht beziehen sich grundsätzlich auf den Konzern. Wesentliche institutsspezifische Besonderheiten der Rentenbank werden gesondert dargestellt.

Organisation des Risikomanagements

Ausgehend vom gesetzlich abgeleiteten Unternehmensziel legt der Vorstand die nachhaltige Geschäftsstrategie des Konzerns fest. Sie wird insbesondere vom Förderauftrag der Bank und den

Maßnahmen zu dessen Erfüllung bestimmt. Darüber hinaus werden für die Segmente Ziele und Maßnahmen festgelegt.

Im Konzern wird im Rahmen einer Risikoinventur analysiert, welche Risiken die Vermögenslage, die Kapitalausstattung, die Ertragslage oder die Liquiditätssituation wesentlich beeinträchtigen können. Daraus ergibt sich das Risikoprofil des Konzerns. Darüber hinaus werden wesentliche Risiken mit Indikatoren auf der Basis quantitativer und qualitativer Risikomerkmale und in den Self-Assessments frühzeitig ermittelt. Eine weitere Identifizierung erfolgt im „Neue-Produkte-Prozess“ (NPP), in den IKS-Schlüsselkontrollen sowie in der täglichen Überwachungstätigkeit. Konzentrationseffekte werden dabei angemessen berücksichtigt.

Die aus der Geschäftstätigkeit resultierenden Risiken werden über ein hierfür implementiertes Risikomanagementsystem (RMS) auf Basis der Risikotragfähigkeitsrechnung identifiziert, limitiert und gesteuert. Der Vorstand hat dazu eine zur Geschäftsstrategie konsistente Risikostrategie und die daraus abgeleiteten Teilstrategien formuliert. Diese werden mindestens jährlich überprüft, gegebenenfalls vom Vorstand angepasst und mit dem vom Verwaltungsrat gebildeten Risikoausschuss erörtert.

Wesentlicher Bestandteil des RMS ist die Einrichtung, Steuerung und Überwachung von Limiten, die an der Risikotragfähigkeit ausgerichtet sind.

Das Risikotragfähigkeitskonzept soll sicherstellen, dass das Risikodeckungspotenzial ausreicht, um alle wesentlichen Risiken abzudecken. Es umfasst den „Going-Concern-Ansatz“ und den „Liquidationsansatz“ mit einem Betrachtungshorizont von einem Jahr. Primär gesteuert wird nach dem „Going-Concern-Ansatz“. Ziel ist es, ein langfristig stabiles angemessenes Operatives Ergebnis unter Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu erreichen. Im „Going-Concern-Ansatz“ werden die Risiken in einem Standard- und Stressszenario bei einem Konfidenzniveau von 95 % und 99 % gemessen. Das Konfidenzniveau gibt an, mit welcher Wahrscheinlichkeit die prognostizierten Verluste nicht überschritten werden.

Das Steuerungsziel des „Liquidationsansatzes“ ist der Schutz der Fremdkapitalgeber (Gläubigerschutz). Hierbei werden die Risiken unter einem noch höheren Konfidenzniveau von 99,9 % ermittelt.

Die Rentenbank ist ein von der EZB beaufsichtigtes Institut und unterliegt dem Supervisory Review and Evaluation Process (SREP).

Die Rentenbank hat einen Sanierungsplan gemäß Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) erstellt. Er wird mindestens einmal jährlich aktualisiert. Die festgelegten Sanierungsindikatoren und ihre Schwellenwerte sowie die Sanierungsoptionen und der Governance- und Sanierungsprozess sind dessen Kernelemente. Die Sanierungsindikatoren sind Teil der Risikoberichterstattung und erlauben es der Rentenbank, eine Krisensituation rechtzeitig zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Unter dem Risk Appetite Framework (RAF) definiert die Rentenbank die Rahmenbedingungen und Leitlinien hinsichtlich des Risikoappetits, die zentral in der Geschäfts- und Risikostrategie sowie den

dazugehörigen Teilstrategien dargestellt sind. Der Risikoappetit spiegelt sich in den eingerichteten Risikolimiten sowie Frühwarnmarken wider.

Für die Planung der zukünftigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden gleichfalls Risikoszenarien zugrunde gelegt. Soll-Ist-Abweichungen werden im Rahmen eines internen Monatsberichts analysiert. Die Kapitalplanung wird für die nächsten zehn Jahre erstellt. Die Risikotragfähigkeit sowie hiermit verbundene wesentliche Kennzahlen werden in Form einer Fünf-Jahres-Vorschau geplant.

Die Aufnahme von Geschäften mit neuen Produkten, Geschäftsarten, Vertriebswegen oder auf neuen Märkten setzt einen NPP voraus. Im Rahmen des NPP analysieren die involvierten Organisationseinheiten den Risikogehalt, die Prozesse und die wesentlichen Konsequenzen für das Risikomanagement. Ändern sich betriebliche Prozesse, IT-Systeme oder Strukturen wesentlich, werden im Rahmen einer Auswirkungsanalyse die geplanten Veränderungen auch auf die Kontrollverfahren und deren Intensität analysiert.

Basierend auf den Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen vermittelt das Risikohandbuch des Vorstands einen umfassenden Überblick über alle Risiken im Konzern.

Risikosteuerungsfunktionen werden vorwiegend von den Bereichen Treasury und Fördergeschäft („Markt“ im Sinne der MaRisk) im Rahmen der vorgegebenen Limite wahrgenommen. Für die Risikocontrolling-Funktion ist das für den Marktfolge-Bereich zuständige Vorstandsmitglied verantwortlich. Ihm sind die Bereiche Finanzen mit der Gruppe Risikocontrolling und Banken mit dem Referat Adressrisiken unterstellt. Im Bereich Finanzen umfasst das Risikocontrolling die regelmäßige Überwachung der vom Vorstand genehmigten Limite sowie eine auf den Risikogehalt und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen abgestimmte Berichterstattung über die Marktpreisrisiken, die Liquiditätsrisiken, die operationellen Risiken, die Regulierungs- und Reputationsrisiken sowie die Risikotragfähigkeit. Der Bereich Banken überwacht die für das Adressenausfallrisiko gesetzten Limite und ist verantwortlich für die Berichterstattung über die Adressenausfallrisiken unter Berücksichtigung von Risikoaspekten und aufsichtsrechtlichen Vorgaben.

Die für die Rentenbank relevanten Compliance-Risiken zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass bei einer Nichtbeachtung der wesentlichen (bankaufsichts-)rechtlichen Regelungen und Vorgaben vor allem (Geld-)Strafen/Bußgelder, Schadensersatzansprüche und/oder die Nichtigkeit von Verträgen drohen, die das Vermögen der Rentenbank gefährden könnten. Die Compliance-Funktion der Rentenbank ist Teil des IKS und wirkt dabei in Zusammenarbeit mit den Organisationseinheiten darauf hin, Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen und Vorgaben ergeben können, zu vermeiden.

Sowohl der Vorstand als auch der vom Verwaltungsrat gebildete Prüfungsausschuss sowie der Risikoausschuss werden mindestens quartalsweise über die Risikosituation informiert. Bei Bekanntwerden wesentlicher risikorelevanter Informationen oder Vorgänge und bei Nichteinhaltung der MaRisk müssen umgehend der Vorstand, die Interne Revision und gegebenenfalls die betroffenen Führungskräfte schriftlich informiert werden. Der Vorstand leitet Informationen über wesentliche Risikoaspekte unverzüglich an den Verwaltungsrat weiter.

Die Interne Revision der Rentenbank ist als Konzernrevision auf Gruppenebene tätig. Sie prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Ordnungsmäßigkeit der Aktivitäten und Prozesse sowie die Angemessenheit und Wirksamkeit des RMS bzw. des IKS.

Die Konzernrevision ist dem Vorstand der Rentenbank unmittelbar unterstellt. Sie nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr. Der Vorstand kann zusätzliche Prüfungen anordnen. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie die jeweiligen Vorsitzenden des Verwaltungs- und des Risikoausschusses können Auskünfte direkt bei der Leitung der Revision einholen.

Die Risiken werden grundsätzlich segmentübergreifend überwacht. Sofern sich die Überwachung nur auf einzelne Segmente beschränkt, ist dies in den Risikoarten dargestellt.

Die Risikoberichterstattung ist in das Management-Informationssystem eingebettet. Sie orientiert sich an den aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie den Informationsbedürfnissen der Empfänger. Mit einem vierteljährigen Risikobericht werden der Vorstand sowie der Verwaltungsrat über die gesamte Risikolage des Konzerns informiert. Über die Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken erhält der Vorstand täglich und monatlich einen Bericht.

Adressenausfallrisiken

Definition

Das Adressenausfallrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Es umfasst das Kreditausfallrisiko mit den Elementen Kontrahenten-, Emittenten-, Länder-, Struktur-, Sicherheiten- und Beteiligungsrisiko sowie das Settlement- und das Wiedereindeckungsrisiko.

Das Emittenten-, das Kontrahenten- und das originäre Länderrisiko beziehen sich auf Verluste aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern (Kontrahenten/Emittenten/Ländern) unter Berücksichtigung der bewerteten Sicherheiten. Das abgeleitete Länderrisiko ergibt sich aus der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Situation des Staates, in welchem der Schuldner seinen Sitz hat. Abgeleitete Länderrisiken unterteilen sich in Ländertransferrisiken und Redenominierungsrisiken. Das Ländertransferrisiko bezeichnet die Gefahr, dass ein ausländischer Schuldner trotz eigener Zahlungsfähigkeit aufgrund von wirtschaftlichen oder politischen Risiken seine Zins- und Tilgungszahlungen nicht fristgerecht leisten kann. Unter dem Redenominierungsrisiko versteht man die Gefahr, dass der Nominalwert einer Forderung auf eine andere Währung umgestellt wird. Bei Umstellung auf eine „weichere“ Währung unter Verwendung eines Fixkurses kann dies de facto eine Teilenteignung der Gläubiger bedeuten.

Strukturrisiken (beispielsweise Klumpen- bzw. Konzentrationsrisiken) sind Risiken, die durch Konzentration des Kreditgeschäfts auf Regionen, Branchen oder Adressen entstehen. Sicherheitenrisiken sind Risiken, die aus der unzureichenden Werthaltigkeit von Kreditsicherheiten während der Kreditlaufzeit oder einer Fehlbewertung des Sicherungsobjekts resultieren. Beteiligungsrisiken sind Risiken eines Verlusts aufgrund negativer Wertentwicklung im Beteiligungsportfolio.

Die Geschäftstätigkeit des Konzerns ist weitgehend durch Gesetz und Satzung der Bank bestimmt. Danach werden zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums grundsätzlich nur Kredite an Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland, einem anderen EU-Land oder Norwegen vergeben, die Geschäfte mit landwirtschaftlichen Unternehmen, deren vor- und nachgelagerten Bereichen oder im ländlichen Raum tätigen. Darüber hinaus können allgemeine Förderkreditgeschäfte auch mit deutschen Bundesländern abgeschlossen werden. Die Programmkredite sind auf Deutschland als Investitionsstandort beschränkt. Somit ist das Kreditgeschäft der Rentenbank weitestgehend auf die Refinanzierung von Banken bzw. Instituten und Finanzinstituten gemäß Artikel 4 CRR sowie sonstiges Interbankengeschäft begrenzt. Das auf den Endkreditnehmer bezogene Ausfallrisiko liegt bei dessen Hausbank.

Im Rahmen von Gesetz und Satzung der Rentenbank können darüber hinaus alle Geschäfte getätigt werden, die mit der Erfüllung ihrer Aufgaben in direktem Zusammenhang stehen. Dies beinhaltet auch den Ankauf von Forderungen und Wertpapieren sowie Geschäfte im Rahmen des Treasury Managements und der Risikosteuerung des Konzerns.

Unternehmensrisiken geht die Rentenbank lediglich im Direktkreditgeschäft ein. Im Jahr 2016 wurden keine Verträge abgeschlossen. Konsortialkreditgeschäfte mit Unternehmen werden gemäß Kreditrisikostategie seit mehreren Jahren nicht getätigt.

Für Neuabschlüsse von Förderkrediten sind je nach Geschäftsart die Bereiche Fördergeschäft oder Treasury verantwortlich. Der Bereich Fördergeschäft schließt sämtliche Programmkredite ab. Der Bereich Treasury ist für den Ankauf von Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Namenspapieren sowie für den Abschluss von Direktkrediten im Rahmen des allgemeinen Fördergeschäfts zuständig. Darüber hinaus ist er für Neuabschlüsse im Geld- und Derivategeschäft verantwortlich. Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken und nur mit Geschäftspartnern abgeschlossen, mit denen eine Besicherungsvereinbarung besteht.

Organisation

Die Bereiche Treasury sowie Fördergeschäft sind als Marktbereiche maßgeblich in die Prozesskette des allgemeinen und verbrieften Fördergeschäfts (Treasury) sowie der Programmkredite (Fördergeschäft) eingebunden. Gemäß MaRisk müssen bestimmte Aufgaben außerhalb des Marktbereichs wahrgenommen werden. Als Marktfolge-Funktionen bezeichnete Aufgaben werden von den Bereichen Banken sowie Sicherheiten & Beteiligungen wahrgenommen, verbrieftes Fördergeschäft wird von der Abteilung Operations Financial Markets abgewickelt. Der Bereich Banken gibt das marktunabhängige Zweitvotum für Kreditentscheidungen ab und bearbeitet die Geschäftsabschlüsse bei allgemeinen Förderkrediten, der Bereich Sicherheiten & Beteiligungen bewertet die Sicherheiten und verwaltet die Zahlungswege. Diese beiden Bereiche sind auch für die Intensivbetreuung sowie die Bearbeitung von Problemkrediten zuständig. In diesem Zusammenhang werden erforderliche Maßnahmen in Abstimmung mit dem Vorstand getroffen. Die Prozessverantwortung liegt bei dem für den Marktfolge-Bereich zuständigen Vorstandsmitglied.

Der Bereich Banken formuliert die Kreditrisikostategie im Konzern und ist für deren Umsetzung zuständig. Der Vorstand der Bank beschließt jährlich die Kreditrisikostategie, die dem

Risikoausschuss des Verwaltungsrats berichtet und von ihm erörtert wird. Darüber hinaus werden im Bereich Banken u. a. Kredit- und Länderrisiken analysiert. Geschäftspartner bzw. Geschäftsarten je Geschäftspartner werden in Rentenbank-spezifische Bonitätsklassen eingestuft, Beschlüsse für Kreditentscheidungen vorbereitet, das Marktfolge-Votum erstellt und das Kreditrisiko insgesamt laufend überwacht.

Die Risikosteuerung, -überwachung und -berichterstattung der Adressenausfallrisiken erfolgen sowohl einzelgeschäftszugewogen auf Kreditnehmerebene als auch auf Ebene der Gruppe verbundener Kunden, auf Länderebene und auf Ebene des Gesamtkreditportfolios. Die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Identifizierung, Bonitätsbeurteilung und Quantifizierung des Adressenausfallrisikos fallen ebenfalls in die Zuständigkeit des Bereichs Banken. Durch die funktionale und organisatorische Trennung der Bereiche Banken, Finanzen und Sicherheiten & Beteiligungen von den Bereichen Treasury und Fördergeschäft ist eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung gewährleistet. Im Rahmen der Gesamtkreditportfoliosteuerung bzw. -überwachung wird das Kreditportfolio nach verschiedenen Merkmalen unterteilt, wobei Geschäfte mit vergleichbaren Strukturen in Produktgruppen zusammengefasst werden.

Bonitätsbeurteilung

Die mit dem bankinternen Risikoklassifizierungsverfahren ermittelten Bonitätseinstufungen sind ein maßgebliches Steuerungsinstrument für die Adressenausfallrisiken und die internen Limite.

Die Bonitätseinstufung nimmt der Marktfolge-Bereich Banken nach einem intern festgelegten Risikoklassifizierungsverfahren vor. Dabei werden einzelne Geschäftspartner oder Geschäftsarten in eine der 20 Bonitätsklassen eingestuft. Die besten zehn Bonitätsklassen AAA bis BBB- sind Geschäftspartnern mit geringen Risiken vorbehalten („Investment Grade“). Darüber hinaus sind die sieben Bonitätsklassen BB+ bis C für latente bzw. erhöhte latente Risiken und die drei Bonitätsklassen DDD bis D für Problemkredite und ausgefallene Geschäftspartner eingerichtet.

Die Bonitätseinstufung unserer Geschäftspartner wird mindestens jährlich auf der Grundlage einer Auswertung ihrer Jahresabschlüsse und der Analyse ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse überprüft. Hierbei fließen betriebswirtschaftliche Kennzahlen, qualitative Merkmale, der Gesellschafterhintergrund sowie weitere Unterstützungsfaktoren ein, z. B. die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung oder staatliche Haftungsmechanismen. Auch die Länderrisiken der Sitzländer unserer Geschäftspartner fließen in die Bestimmung der Bonität mit ein. Bei bestimmten Produkten, wie z. B. Pfandbriefen, werden zudem die damit verbundenen Sicherheiten bzw. Deckungswerte als weiteres Kriterium berücksichtigt. Sofern aktuelle Informationen über negative Finanzdaten oder eine Abschwächung der wirtschaftlichen Perspektiven eines Geschäftspartners bekannt werden, überprüft der Bereich Banken die Bonitätseinstufung und passt die internen Limite gegebenenfalls an. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren wird laufend weiterentwickelt und jährlich überprüft.

Quantifizierung der Adressenausfallrisiken

Mithilfe statistischer Verfahren werden Kreditausfallrisiken gemessen und in das Bonitätsklassensystem der Rentenbank eingeordnet. Da die Rentenbank aufgrund der sehr geringen Anzahl von Ausfällen bzw. Kreditereignissen in den letzten Jahrzehnten über keine statistisch relevante Ausfallhistorie verfügt, werden zur Ermittlung des erwarteten Verlusts die von Ratingagenturen veröffentlichten historischen Ausfallraten herangezogen. Zur Abschätzung der Adressenausfallrisiken wird im Standardszenario ein auf die Limitinanspruchnahmen bezogener jährlicher erwarteter Verlust ermittelt. Das Standardszenario wird um Stressszenarien ergänzt. Unter der Annahme von Bonitätsverschlechterungen, niedrigeren Wiedereinbringungsraten sowie höheren Ausfallwahrscheinlichkeiten schätzt der Konzern dabei bezogen auf die intern eingeräumten Limite einen jährlichen erwarteten Verlust.

Der Konzern fokussiert sich im Rahmen seines weitestgehend durch Gesetz und Satzung vorgegeben Geschäftsmodells auf das Interbankengeschäft. Dies führt zu einem sektoralen Konzentrationsrisiko. Hierfür wird ein pauschaler Risikobetrag (Risikopuffer) berücksichtigt.

Nach dem im Risikohandbuch festgelegten Risikotragfähigkeitskonzept weist der Konzern den Adressenausfallrisiken im Standardszenario einen bestimmten Anteil des Risikodeckungspotenzials 1 zu. Die tägliche Überwachung der intern eingeräumten Limite stellt sicher, dass dieser Wert jederzeit eingehalten wird.

Neben den Stressszenarien, die vor allem länderspezifische Einflüsse berücksichtigen, die im „Going-Concern-Ansatz“ mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen sind, wird im Rahmen eines weiteren Szenarios ein Risikowert für den „Liquidationsansatz“ ermittelt. Die Methodik basiert auf dem Gordy-Modell, einem sogenannten Ein-Faktor-Modell. Darüber hinaus stellen zusätzliche Extremszenarien auf Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio ab. Diese werden jedoch in keinen Steuerungskreis einbezogen und sind deshalb auch nicht mit Risikodeckungspotenzial zu unterlegen. Vielmehr stehen die kritische Reflexion der Ergebnisse und die Ableitung möglichen Handlungsbedarfs im Vordergrund. Entsprechende Maßnahmen können beispielsweise die Reduzierung interner Limite oder eine verschärfte Risikoüberwachung umfassen. Zusätzlich können anlassbezogen im Rahmen weiterer Stressszenarien die Auswirkungen aktueller Entwicklungen auf das Risikodeckungspotenzial untersucht werden.

Limitierung und Reporting

Die Risikolimitierung stellt sicher, dass die tatsächlich eingegangenen Risiken mit der Geschäftsstrategie sowie mit der im Risikohandbuch festgelegten Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit des Konzerns vereinbar sind. Dabei erfolgt die Limitierung sowohl auf der Ebene von Kreditnehmern und Gruppen verbundener Kunden als auch auf der Ebene des Gesamtkreditportfolios.

Die Gesamtkreditobergrenze für alle Adressenausfalllimite sowie eine Blankoobergrenze werden vom Vorstand festgelegt und stellen damit Obergrenzen für die Einräumung von Adressenausfalllimiten dar. Die Angemessenheit der beiden Obergrenzen wird im Hinblick auf die

Risikotragfähigkeit unter Berücksichtigung von Risikopuffern überprüft. Daneben gelten einzelne Länderkreditlimite und Ländertransferlimite.

Ein Limitsystem steuert die Höhe und die Struktur aller Adressenausfallrisiken. Für alle Kreditnehmer, Emittenten bzw. Kontrahenten sind Limite erfasst, die gegebenenfalls produkt- und laufzeitspezifisch untergliedert sind. Das Risikoklassifizierungsverfahren der Bank stellt die zentrale Entscheidungsgrundlage für die Limiteinräumung dar. Daneben gibt es eine Gesamobergrenze je Gruppe verbundener Kunden, deren Auslastung in Abhängigkeit von den einzelnen Geschäftsarten ermittelt wird. Zusätzlich gilt für einzelne Geschäfts- bzw. Limitarten eine bestimmte Mindestbonität.

Der zuständige Marktfolge-Bereich überwacht täglich sämtliche Limite. Dabei wird die Ausnutzung der Limite bei Geld- und Förderkreditgeschäften, beim verbrieften Fördergeschäft sowie Beteiligungen anhand der jeweiligen Buchwerte ermittelt. Bei Derivaten setzt sich die Limitausnutzung aus den positiven Marktwerten der Derivateportfolios, gegebenenfalls unter Berücksichtigung erhaltener Barsicherheiten, sowie im Falle von negativen Marktwerten der Derivateportfolios unter Berücksichtigung gestellter Barsicherheiten, zusammen. Limitreserven dienen als Puffer für die aus Bewertungsschwankungen resultierenden Adressenausfallrisiken. Dem für diesen Marktfolge-Bereich zuständigen Vorstandsmitglied werden täglich die risikorelevanten Limite sowie deren Auslastung gemeldet. Limitüberschreitungen werden dem Vorstand unmittelbar angezeigt.

Für derivative Geschäfte hat die Bank mit allen Kontrahenten Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen, sodass der über die vertraglich definierten Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Barsicherheiten in Euro zu besichern ist. Diese Barsicherheiten reduzieren das Adressenausfallrisiko weitestgehend.

Jeweils zum Quartalsende berichtet der Bereich Banken (Marktfolge) dem Vorstand und dem für den vom Verwaltungsrat gebildeten Risikoausschuss nach den Vorgaben der MaRisk über die aktuelle Entwicklung der Adressenausfallrisiken im Rahmen des Gesamtrisikoberichts.

Aktuelle Risikosituation

Nach IFRS 7 ist das maximale Ausfallrisiko ohne Berücksichtigung von Sicherheiten anzugeben. Es entspricht somit den Buchwerten der betreffenden finanziellen Vermögenswerte bzw. den Nominalbeträgen bei den unwiderruflichen Kreditzusagen.

Maximales Ausfallrisiko nach IFRS 7:

	31.12.2016	31.12.2015	Änderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	57 511,0	55 457,2	2 053,8
Forderungen an Kunden	7 496,8	6 380,9	1 115,9
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 258,6	1 298,8	- 40,2
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6 549,5	7 238,9	- 689,4
Finanzanlagen	19 254,6	19 912,2	- 657,6
Unwiderrufliche Kreditzusagen	990,0	841,7	148,3
Gesamt	93 060,5	91 129,7	1 930,8

Für einen Großteil der dargestellten Risikopositionen hat der Konzern Sicherheiten in Form von Forderungsabtretungen, Gewährträgerhaftung sowie Staatsgarantien erhalten. Bei den restlichen Risikopositionen handelt es sich im Wesentlichen um „gedeckte Papiere“, wie Pfandbriefe.

Für die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten stellt das angegebene maximale Ausfallrisiko von 6 549,5 Mio. EUR (7 238,9 Mio. EUR) die bilanziellen Buchwerte auf Einzelvertragsebene dar. Die risikorelevante wirtschaftliche Besicherung erfolgt demgegenüber auf Kontrahentenebene. Für derivative Finanzinstrumente bestehen mit allen Kontrahenten Rahmenverträge mit Nettingwirkung und darauf aufbauend Besicherungsvereinbarungen. Unter Berücksichtigung der Nettingvereinbarungen und der Barsicherheiten errechnete sich zum 31.12.2016 ein maximales Ausfallrisiko nach IFRS 7 für die derivativen Finanzinstrumente von 13,6 Mio. EUR (185,3 Mio. EUR).

Adressenausfallrisiko nach Bonitätsklassen:

31.12.2016

	AAA Mio. EUR	AA Mio. EUR	A Mio. EUR	BBB Mio. EUR	BB-B Mio. EUR	CCC-C Mio. EUR	DDD-D Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	17 753,9	3 040,6	26 835,1	9 881,4	0,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	7 496,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanz-geschäfte	349,6	7,8	591,6	309,6	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	2,6	742,1	3 901,1	1 806,1	97,6	0,0	0,0
Finanzanlagen	13 217,6	2 799,3	2 191,4	967,4	78,9	0,0	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	131,8	3,1	529,7	317,4	8,0	0,0	0,0
Gesamt	38 952,3	6 592,9	34 048,9	13 281,9	184,5	0,0	0,0

31.12.2015

	AAA Mio. EUR	AA Mio. EUR	A Mio. EUR	BBB Mio. EUR	BB-B Mio. EUR	CCC-C Mio. EUR	DDD-D Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	16 327,4	2 172,3	28 309,1	8 635,2	0,0	13,2	0,0
Forderungen an Kunden	6 378,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,6
Portfoliobewertung Bilanz-geschäfte	334,4	10,3	653,4	300,7	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6,0	619,3	4 627,7	1 897,5	88,4	0,0	0,0
Finanzanlagen	12 479,9	3 224,8	2 974,9	1 088,6	144,0	0,0	0,0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	120,0	6,9	408,3	306,5	0,0	0,0	0,0
Gesamt	35 646,0	6 033,6	36 973,4	12 228,5	232,4	13,2	2,6

Die Aggregation der Buchwerte bei den nächsten beiden Analysen erfolgt nach dem Sitzland bzw. auf Ebene des rechtlich selbstständigen Geschäftspartners ohne Berücksichtigung von Konzernzusammenhängen.

Risikokonzentration nach Ländergruppen:

31.12.2016

	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		OECD (ohne Europa)	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	55 962,7	60,1	1 548,2	1,7	0,1	0,0
Forderungen an Kunden	7 496,8	8,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 250,9	1,3	7,7	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 429,0	1,5	4 842,4	5,2	278,1	0,3
Finanzanlagen	4 043,9	4,3	13 638,7	14,7	1 572,0	1,7
Unwiderrufliche Kreditzusagen	989,9	1,1	0,1	0,0	0,0	0,0
Gesamt	71 173,2	76,5	20 037,1	21,5	1 850,2	2,0

31.12.2015

	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		OECD (ohne Europa)	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	53 903,6	59,2	1 297,8	1,4	255,8	0,3
Forderungen an Kunden	6 350,9	7,0	30,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	1 292,6	1,4	6,2	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 491,5	1,6	5 747,4	6,3	0,0	0,0
Finanzanlagen	3 869,5	4,3	14 369,1	15,8	1 673,6	1,8
Unwiderrufliche Kreditzusagen	835,4	0,9	0,0	0,0	6,3	0,0
Gesamt	67 743,5	74,4	21 450,5	23,5	1 935,7	2,1

Risikokonzentration nach Kontrahentengruppen:

31.12.2016

	Privatbanken/ Sonstige Banken		Ausländische Banken		Öffentliche Banken	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	10 049,7	10,8	1 548,3	1,7	32 572,9	35,0
Forderungen an Kunden	1,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	227,9	0,2	7,7	0,0	620,3	0,7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 085,1	1,2	4 849,7	5,2	210,6	0,2
Finanzanlagen	2 554,3	2,7	14 347,5	15,4	735,6	0,8
Unwiderrufliche Kreditzusagen	143,9	0,2	0,1	0,0	493,8	0,5
Gesamt	14 062,4	15,1	20 753,3	22,3	34 633,2	37,2

	Genossenschafts- banken		Zentralbanken		Nichtbanken	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	12 840,1	13,8	500,0	0,5	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	7 495,3	8,1
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	402,7	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	133,3	0,1	0,0	0,0	270,8	0,3
Finanzanlagen	131,9	0,1	0,0	0,0	1 485,3	1,6
Unwiderrufliche Kreditzusagen	352,2	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	13 860,2	14,9	500,0	0,5	9 251,4	10,0

31.12.2015

	Privatbanken/ Sonstige Banken		Ausländische Banken		Öffentliche Banken	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	8 650,4	9,5	1 553,6	1,7	32 790,1	36,0
Forderungen an Kunden	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	228,9	0,3	6,2	0,0	625,4	0,7
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 078,2	1,2	4 982,4	5,5	244,3	0,3
Finanzanlagen	2 672,1	2,9	14 461,8	15,9	616,7	0,7
Unwiderrufliche Kreditzusagen	220,8	0,2	6,3	0,0	316,5	0,3
Gesamt	12 852,1	14,1	21 010,3	23,1	34 593,0	38,0

	Genossenschafts- banken		Nichtbanken	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Forderungen an Kreditinstitute	12 463,1	13,7	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	6 379,2	7,0
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	438,3	0,5	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	168,4	0,2	765,6	0,8
Finanzanlagen	130,9	0,1	2 030,7	2,2
Unwiderrufliche Kreditzusagen	298,1	0,3	0,0	0,0
Gesamt	13 498,8	14,8	9 175,5	10,0

Buchwerte in den Euro-Peripherie-Staaten:

31.12.2016

	Italien Mio. EUR	Portugal Mio. EUR	Spanien Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Staatsanleihen	318,9	78,9	92,6	490,4
Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	124,3	20,9	641,1	786,3
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten			0,0	0,0
Brutto-Engagement	443,2	99,8	733,7	1 276,7
Sicherheiten	124,3	20,9	641,1	786,3
Netto-Engagement	318,9	78,9	92,6	490,4

31.12.2015

	Italien Mio. EUR	Portugal Mio. EUR	Spanien Mio. EUR	Gesamt Mio. EUR
Staatsanleihen	319,6	79,9	93,2	492,7
Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	448,4	94,2	1 381,8	1 924,4
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten			4,7	4,7
Brutto-Engagement	768,0	174,1	1 479,7	2 421,8
Sicherheiten	377,6	94,2	1 381,7	1 853,5
Netto-Engagement	390,4	79,9	98,0	568,3

Die Euro-Peripherie-Staaten werden vor dem Hintergrund der angespannten volkswirtschaftlichen und fiskalpolitischen Entwicklung intensiv beobachtet.

Es bestehen keine freien Kreditlinien mit Kontrahenten in den Euro-Peripherie-Staaten. Mit italienischen und spanischen Kontrahenten dürfen bis auf weiteres lediglich durch Barsicherheiten besicherte Derivategeschäfte getätigt werden.

Die Staatsanleihen der Euro-Peripherie-Staaten sowie die Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken aus diesen Ländern sind folgenden Bewertungskategorien nach IFRS zugeordnet:

	Staatsanleihen		Anleihen und Schuldscheindarlehen von Banken	
	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
Available for Sale	305,2	308,0	705,1	1 823,4
Held to Maturity	143,2	144,1	0,0	0,0
Loans and Receivables	0,0	0,0	0,0	0,0
Designated as at Fair Value	42,0	40,6	81,2	101,0
Gesamt	490,4	492,7	786,3	1 924,4

Risikovorsorge

Bei ausfallgefährdeten Engagements wird eine Risikovorsorge auf Einzelengagementebene gebildet. Dabei werden die Wertminderungen aufgrund von Zahlungsausfällen nur für bereits eingetretene Verluste ermittelt. Die Wertminderung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme. Die Methodik wird in Abschnitt (9) des Konzernanhangs näher beschrieben.

Auf der Ebene des Jahresabschlusses der Rentenbank wurde eine Einzelwertberichtigung von 2,4 Mio. EUR im Zuge der vorzeitigen Beendigung eines Engagements aufgelöst. Im Konzern bestand diese nicht, da das Engagement dort erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurde. Im Berichtsjahr wurde zudem eine weitere Einzelwertberichtigung auf Forderungen in Höhe von 2,0 Mio. EUR nach HGB und von 2,2 Mio. EUR nach IFRS mit Fälligkeit des Engagements und dessen vollständiger Rückzahlung aufgelöst. Zum 31.12.2016 bestand somit keine Einzelwertberichtigungen auf Instituts- bzw. auf Konzernebene.

Für latente Kreditrisiken hat der Konzern eine Portfoliowertberichtigung von 20,0 Mio. EUR (16,3 Mio. EUR) auf Basis eines Modells zur Darstellung des erwarteten Verlusts gebildet. Die Methodik wird in Abschnitt (9) des Konzernanhangs beschrieben. Die Rentenbank hat im Jahresabschluss eine Pauschalwertberichtigung von 18,6 Mio. EUR (16,2 Mio. EUR) bilanziert.

Standardszenarien

Basis für die Berechnungen zur Messung erwarteter Verluste im Standardszenario ist der unter Berücksichtigung von Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten ermittelte erwartete Verlust, bezogen auf die Höhe der Inanspruchnahme. Zum 31.12.2016 betrug der kumulierte erwartete Verlust einschließlich eines pauschalen Risikobetrags von 50,0 Mio. EUR für sektorale Konzentrationsrisiken im Bankensektor 65,5 Mio. EUR (67,7 Mio. EUR). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist auf Fälligkeiten sowie Bonitätsverbesserungen einzelner Engagements zurückzuführen. Der Durchschnittswert des monatlich ermittelten erwarteten Verlusts belief sich im Geschäftsjahr 2016 auf 66,4 Mio. EUR (64,7 Mio. EUR). Im Verhältnis zum allokierten Risikodeckungspotenzial für Adressenausfallrisiken zum Stichtag ergab sich eine durchschnittliche Auslastung von 25,6 % (24,9 %). Die maximale Inanspruchnahme belief sich auf 67,8 Mio. EUR (67,7 Mio. EUR) und lag somit innerhalb des vom Vorstand genehmigten Limits für das Standardszenario in Höhe von 260 Mio. EUR. Die niedrigste Inanspruchnahme im Berichtsjahr betrug 65,5 Mio. EUR (63,3 Mio. EUR).

Stressszenarien

In einem ersten Stressszenario wird der erwartete Verlust bezogen auf eine volle Ausnutzung der intern eingeräumten Limite unter Berücksichtigung von Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten berechnet. Zum 31.12.2016 belief sich der erwartete Verlust in diesem Stressszenario auf 79,0 Mio. EUR (81,0 Mio. EUR). In zwei weiteren Szenarien werden zudem eine Erhöhung der Ausfallwahrscheinlichkeiten um einen länderspezifischen Faktor – mindestens Verdopplung –, eine Verschlechterung der Bonität des Engagements um mindestens zwei Stufen sowie niedrigere Wiedereinbringungsraten für potenzielle Ausfälle besicherter Geschäfte simuliert. Bei der

Risikotragfähigkeitsrechnung wird das Stressszenario mit dem höchsten Risikowert zur Anrechnung auf das Risikodeckungspotenzial herangezogen. Zum Stichtag errechnete sich aus den obigen Stressszenarien ein maximaler erwarteter Verlust von 123,0 Mio. EUR (145,5 Mio. EUR). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist – analog zum Standardszenario – auf Fälligkeiten sowie Bonitätsverbesserungen einzelner Engagements in den schlechteren Bonitätsklassen zurückzuführen.

Auch in den Berechnungen zur Messung potenzieller Kreditausfälle in den Stressszenarien ist ein pauschaler Risikobetrag für Konzentrationsrisiken im Bankensektor von 50,0 Mio. EUR enthalten.

Marktpreisrisiken

Definition

Das Marktpreisrisiko definiert die Rentenbank als potenziellen Verlust aus sich verändernden Marktdaten. Es umfasst Zinsänderungs-, Spread- und andere Marktpreisrisiken. Letztere beinhalten Währungs- und Volatilitätsrisiken, wobei diese, wie z. B. Fremdwährungsrisiken, nur in sehr geringem Umfang relevant sind.

Zinsänderungsrisiken gibt es in geringem Umfang bei offenen Festzinspositionen. Die wesentlichen Einflussfaktoren sind Marktzinsen sowie Höhe und Laufzeit der offenen Position. Das Risiko realisiert sich im Operativen Ergebnis bei Schließung der offenen Positionen.

Die Spread-Risiken werden nach Credit-Spread-Risiken, Cross-Currency-Basiswap-Risiken sowie Basiswap-Risiken differenziert.

Offene Währungspositionen entstehen, wenn überhaupt, nur in Form von Abrechnungsspitzen und dann nur in geringem Umfang. Durch die Bewertung von Grund- bzw. Sicherungsgeschäften zum beizulegenden Zeitwert kommt es zu unterschiedlichen Marktwerten in Fremdwährung. Bei der Umrechnung der verschiedenen Fremdwährungsbeträge in Euro entsteht ein entsprechendes Bewertungsergebnis und für die künftige Entwicklung der Wechselkurse ein entsprechendes Bewertungsrisiko.

Weitere Marktpreisrisiken, wie Aktien- und Warengeschäftsrisiken, sind aufgrund des Geschäftsmodells der Rentenbank nicht relevant.

Der Konzern berücksichtigt die unterschiedliche Wirkung von Marktpreisrisiken auf die Rechnungslegung und grenzt hierbei die Marktpreisrisiken, die aus zum Fair Value bilanzierten Positionen resultieren, unter dem Begriff „IFRS-Bewertungsrisiko“ ab.

Das IFRS-Bewertungsrisiko realisiert sich, falls die Buy-and-Hold-Strategie durchbrochen wird bzw. ein Geschäftspartner ausfällt und nicht genügend Sicherheiten vorhanden sind.

IFRS-Bewertungsrisiken spiegeln sich vor allem in der Position Full-Fair-Value- und Hedge-Ergebnis wider und beeinflussen in der Folge das bilanzielle Eigenkapital und damit die regulatorischen Eigenmittel. Bei den regulatorischen Eigenmitteln werden jedoch die Bewertungsergebnisse aus den eigenen Emissionen über Prudential Filter neutralisiert.

Insbesondere aufgrund der Wirkung auf die regulatorischen Eigenmittel werden IFRS-Bewertungsrisiken in der Risikotragfähigkeitsrechnung entsprechend berücksichtigt.

Organisation

Die Bank führt kein Handelsbuch gemäß Artikel 4 Absatz 1 Nr. 85 und 86 CRR.

Die Aufgabe des Marktpreisrisikomanagements ist die qualitative und quantitative Identifikation, Bewertung, Überwachung sowie Steuerung der Marktpreisrisiken. Diese Aufgaben verteilen sich auf die Funktionen Risikocontrolling und Risikosteuerung.

Die Risikocontrolling-Funktion umfasst die Risikomessung, die Überwachung der operativen Limite und die Risikoüberwachung im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts sowie die Risikoberichterstattung. Das Risikocontrolling ist dem für den Marktfolgebereich zuständigen Vorstandsmitglied unterstellt.

Der Bereich Treasury steuert die Marktpreisrisiken.

Die Abteilung Operations Financial Markets und der Bereich Banken kontrollieren die Marktgerechtigkeit der abgeschlossenen Geschäfte.

Quantifizierung der Marktpreisrisiken

Zinsänderungsrisiken

Der Konzern begrenzt das Zinsänderungsrisiko weitestgehend, insbesondere durch den Einsatz von Derivaten. Derivate werden auf Basis von Mikro- oder Makro-Beziehungen abgeschlossen. Die Effektivität der Mikro-Beziehungen wird durch Bewertungseinheiten täglich überwacht. Diese ökonomischen Mikro- oder Makro-Beziehungen werden nach IFRS entsprechend als bilanzielle Sicherungszusammenhänge berücksichtigt.

Fristentransformationsergebnisse werden zum einen bei Geldgeschäften realisiert und zum anderen in geringem Umfang im Programmkreditgeschäft. Es ist kein strategisches Ziel der Rentenbank, durch das Eingehen von Zinsänderungsrisiken Erträge zu generieren.

Da alle Programmkredite aufgrund ihrer teilweise geringen Volumenhöhe nicht zeitgleich effizient absicherbar sind, entstehen Fristentransformationsergebnisse aus kurzfristig offenen Positionen.

Zur Quantifizierung und Überwachung der Zinsänderungsrisiken ermittelt der Konzern täglich für alle zinssensitiven Geschäfte der Segmente „Fördergeschäft“ und „Treasury Management“ entsprechende Barwertsensitivitäten.

Auf Gesamtbankebene erfolgt dies quartalsweise. Entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben hat die Rentenbank quartalsweise die Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung auf ihre offenen Positionen im Anlagebuch zu ermitteln und zu berichten. In der Analyse wird untersucht, ob die negative Veränderung des Barwerts 20 % der gesamten regulatorischen Eigenmittel übersteigt. Bei dieser Messung wird das Eigenkapital entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben nicht in die Berechnung einbezogen.

Das Zinsänderungsrisiko darf die durch Beschluss des Vorstands festgelegten Risikolimiten nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limite wird täglich überwacht und dem Vorstand berichtet.

IFRS-Bewertungsrisiken

Marktparameteränderungen bei Cross-Currency-Basiswap-Spreads (CCY-Basiswap-Spreads), Basiswap-Spreads, Credit Spreads, Wechselkursen sowie anderen Preisen wirken sich auf die zu bewertenden Finanzinstrumente aus. Bilanzgeschäfte sind mit entsprechenden Sicherungsgeschäften gegen Zins- und Währungsrisiken abgesichert. Um die ökonomischen Sicherungsbeziehungen abzubilden, sind die Grundgeschäfte in Fremdwährung grundsätzlich der Fair-Value-Option zuzuordnen. Dadurch werden sowohl die Sicherungsinstrumente als auch die Grundgeschäfte zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Bewertung mit den genannten Marktparametern führt trotz einer aus Zahlungsstromsicht perfekten Sicherungsbeziehung zu erheblichen Ergebnisschwankungen.

Die möglichen Auswirkungen der IFRS-Bewertungsrisiken werden mit Blick auf die Steuerungsziele in der Risikotragfähigkeitsanalyse auf das Risikodeckungspotenzial angerechnet.

Standardszenarien

Im Standardszenario werden für alle offenen zinssensitiven Geschäfte der Portfolios „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“ täglich eine Barwertsensitivität bei einer Parallelverschiebung der Zinskurven berechnet und den jeweiligen Limiten gegenübergestellt. Dabei wird unterstellt, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % die prognostizierten Wertveränderungen aufgrund des Szenarios nicht überschritten werden. IFRS-Bewertungsrisiken werden im Standardszenario nicht berücksichtigt, da der Fokus in dieser Steuerungssicht das Risiko unerwarteter Verluste bezogen auf das operative Ergebnis nach HGB bzw. IFRS ist.

Stressszenarien

Um Risiken außergewöhnlicher Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden regelmäßig und anlassbezogen weitere Zinsänderungsszenarien jeweils für die Portfolios „Geldgeschäft“ und „Kreditgeschäft“ berechnet. Im monatlichen Stressszenario wird ebenfalls eine Parallelverschiebung der Zinskurve untersucht.

Für die Ermittlung der IFRS-Bewertungsrisiken werden eine Erhöhung der Basiswap-Spreads, Währungskurse und anderer Preise sowie eine Reduzierung der CCY-Basiswap-Spreads und der Credit Spreads unterstellt. Bei der Aggregation der Einzelrisiken werden lediglich zwischen den CCY-Basiswap-Spreads und Credit Spreads risikomindernde Korrelationseffekte berücksichtigt.

Im Stressszenario wird unterstellt, dass die prognostizierten Risikowerte mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten werden.

Risikopuffer

Mit einem Risikopuffer werden Unschärfen bzw. Vereinfachungen bei der Risikomodellierung angemessen berücksichtigt.

Limitierung und Reporting

Dem Marktpreisrisiko im Standardszenario ist ein Risikodeckungspotenzial von 19 Mio. EUR (19 Mio. EUR) zugewiesen.

Die Einhaltung der Limite wird täglich überwacht und dem Vorstand berichtet. Der Konzern informiert quartalsweise den Prüfungs- und den Risikoausschuss des Verwaltungsrats über die Ergebnisse der Risikoanalysen.

Backtesting

Die Verfahren zur Beurteilung der Marktpreisrisiken und die den Standard- und Stressszenarien zugrunde liegenden Marktparameter werden mindestens jährlich validiert.

Die Szenarioparameter im „Geldgeschäft“ und im „Kreditgeschäft“ werden täglich unter Verwendung historischer Zinsentwicklungen überprüft.

Die Ergebnisse der täglichen Szenarioanalysen werden quartalsweise mit dem barwertorientierten Modell zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene validiert.

Aktuelle Risikosituation

Im Geschäftsjahr 2016 wurden die Annahmen und Marktparameter der Standard- und Stressszenarien validiert. Die Risikowerte und die Anpassungen in den Standard- und Stressszenarien sind im Folgenden dargestellt.

Standardszenarien

Zum 31.12.2016 ergab sich ein Marktpreisrisiko im „Geldgeschäft“ und im „Kreditgeschäft“ von 2,0 Mio. EUR (10,4 Mio. EUR) bei einer Parallelverschiebung der Zinskurven um 40 Basispunkte (40 BP) und damit eine Ausnutzung des Risikolimits von 10,5 % (54,7 %). Die durchschnittliche Limitauslastung im Geschäftsjahr 2016 betrug 2,3 Mio. EUR (3,2 Mio. EUR) bzw. 12,1 % (20,4 %). Im Berichtsjahr lagen der maximale Risikowert bei 10,4 Mio. EUR (10,5 Mio. EUR) und der minimale bei 0,0 Mio. EUR (0,0 Mio. EUR). In den Jahren 2016 und 2015 wurden die Limite eingehalten.

Der Risikopuffer wurde im Zuge der Validierung auf 14,4 Mio. EUR (7,0 Mio. EUR) erhöht.

Stressszenarien

In den Stressszenarien werden die Zinskurven parallel um 60 BP verschoben (60 BP). Zum Berichtsstichtag ergab sich ein Risikowert von 3,1 Mio. EUR (15,4 Mio. EUR).

Die Kosten für den Tausch von Zinszahlungsströmen zwischen Zinsbasen unterschiedlicher Laufzeit in gleicher Währung mittels Zinsswaps betragen bei einem parallelen Anstieg der Basiswap-Spreads um 11 BP (10 BP) und einer Ausweitung der IBOR-OIS-Spreads um 75 BP (79 BP) 231,6 Mio. EUR (215,7 Mio. EUR).

Bei den Kosten für den Tausch von Zahlungsströmen mit gleicher Laufzeit zwischen unterschiedlichen Währungen wird eine Verminderung des CCY-Basiswap-Spreads von 111 BP (109 BP) unterstellt. Hieraus ergab sich eine Sensitivität von -1 681,0 Mio. EUR (-1 336,3 Mio. EUR).

Die Credit Spreads basieren u. a. auf der Bonitätseinstufung eines Schuldners (strukturelle Bonität), auf der Besicherung von Produkten sowie auf marktspezifischen Parametern (insbesondere Marktliquidität). Im Stressszenario wird innerhalb der jeweiligen Bonitätsklasse eine Parallelverschiebung von -80 BP (-89 BP) für Aktiv- und -108 BP (-118 BP) für Passivgeschäfte vorgenommen. Der Risikowert betrug 1 867,9 Mio. EUR (1 508,7 Mio. EUR).

Der potenzielle Bewertungsverlust bei einer Erhöhung der Swaption-Volatilitäten um 118 BP (118 BP) lag bei 14,7 Mio. EUR (12,3 Mio. EUR) und bei einer Erhöhung der Cap/Floor-Volatilitäten um 237 BP (237 BP) bei 2,0 Mio. EUR (0,6 Mio. EUR).

Für die Umrechnung der Positionen von Fremdwährung in Euro bei einer Veränderung der Wechselkurse um 35 % (44 %) ergab sich ein Risikowert von 69,5 Mio. EUR (97,9 Mio. EUR).

Der Risikopuffer beträgt 24,5 Mio. EUR (14,5 Mio. EUR).

Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch

Entsprechend dem BaFin-Rundschreiben 11/2011 (BA) wurden plötzliche und unerwartete Zinsänderungen mit einem Parallelshift von +(-)200 BP simuliert. Zum Berichtsstichtag ergab sich bei steigenden Zinsen ein Risikowert von 418,3 Mio. EUR (417,0 Mio. EUR). In Relation zu den regulatorischen Eigenmitteln errechnete sich eine Quote von 10,8 % (11,4 %). Zu keinem Zeitpunkt lag die Quote in den Jahren 2016 und 2015 oberhalb der Meldegrenze von 20 %.

Fremdwährungsrisiken

In keiner Währung war 2016 und 2015 ein materielles Risiko festzustellen. Die Fremdwahrungsnominalbestande gliedern sich wie folgt:

31.12.2016

Nominalwerte in Mio. EUR	USD	AUD	GBP	NZD	CHF	NOK	JPY	Sonstige	Gesamt
Aktiva									
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	702,1	55,3	2 296,7	0,0	1 072,4	0,0	229,2	234,1	4 589,8
Positive Markt- werte aus derivativen Finanz- instrumenten	34 006,9	9 545,3	2 494,0	2 293,2	819,4	979,5	654,8	1 631,9	52 425,0
Summe Aktiva	34 709,1	9 600,6	4 790,7	2 293,2	1 891,8	979,5	884,0	1 866,0	57 014,9
Passiva									
Verbindlich- keiten geg. Kreditinstituten	0,0	0,0	1,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,3
Verbindlich- keiten geg. Kunden	99,6	0,0	11,7	13,9	0,0	0,0	40,5	0,0	165,7
Verbriefte Verbindlich- keiten	33 652,3	9 544,4	2 482,0	2 279,3	819,4	979,5	290,1	1 631,7	51 678,7
Nachrangige Verbindlich- keiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	405,2	0,0	405,2
Negative Markt- werte aus derivativen Finanz- instrumenten	957,1	56,2	2 297,0	0,0	1 072,4	0,0	148,2	234,3	4 765,2
Summe Passiva	34 709,0	9 600,6	4 792,0	2 293,2	1 891,8	979,5	884,0	1 866,0	57 016,1
Netto-Währungs- position aktiv	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Netto-Währungs- position passiv	0,0	0,0	- 1,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	- 1,3

31.12.2015

Nominalwerte in Mio. EUR	USD	AUD	GBP	NZD	CHF	NOK	JPY	Sonstige	Gesamt
Aktiva									
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	688,9	50,3	2 272,5	0,0	765,2	0,0	216,4	231,1	4 224,4
Positive Markt- werte aus derivativen Finanz- instrumenten	30 187,3	9 949,2	2 536,1	2 235,8	1 190,4	958,0	704,2	2 119,9	49 880,9
Summe Aktiva	30 876,3	9 999,5	4 808,6	2 235,8	1 955,6	958,0	920,6	2 351,0	54 105,4
Passiva									
Verbindlich- keiten geg. Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbindlich- keiten geg. Kunden	96,4	0,0	13,6	13,2	0,0	0,0	38,1	0,0	161,3
Verbriefte Verbindlich- keiten	29 820,7	9 949,2	2 521,9	2 222,6	1 190,6	958,0	360,9	2 119,3	49 143,2
Nachrangige Verbindlich- keiten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	381,5	0,0	381,5
Negative Markt- werte aus derivativen Finanz- instrumenten	959,1	50,3	2 273,1	0,0	765,0	0,0	140,1	231,7	4 419,3
Summe Passiva	30 876,2	9 999,5	4 808,6	2 235,8	1 955,6	958,0	920,6	2 351,0	54 105,3
Netto-Währungs- position aktiv	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Netto-Währungs- position passiv	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Liquiditätsrisiken

Definition

Das Liquiditätsrisiko für den Konzern besteht darin, seinen gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt nachkommen bzw. die hierfür erforderlichen Mittel nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können.

Das Marktliquiditätsrisiko sieht der Konzern insbesondere als das Risiko an, Vermögensgegenstände nicht, nicht sofort oder nur mit Einbußen veräußern zu können.

Steuerung und Überwachung

Die offenen Liquiditätssalden der Bank werden durch ein vom Vorstand vorgegebenes, an den Refinanzierungsmöglichkeiten der Bank orientiertes Limit begrenzt. Der Bereich Finanzen überwacht die Liquiditätsposition und die Auslastung der Limite täglich und informiert den Vorstand und den Bereich Treasury.

Als Instrumente für die Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsposition stehen Interbankengelder, besichertes Geldgeschäft, ECP-Platzierungen und Offenmarktgeschäfte mit der Bundesbank zur Verfügung. Darüber hinaus können Wertpapiere zur Liquiditätssteuerung angekauft und Gelder bis zu zwei Jahren über das Euro-Medium-Term-Note-Programm (EMTN-Programm), Schuldscheine, Globalanleihen bzw. inländische Kapitalmarktinstrumente aufgenommen werden.

Zur Begrenzung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken bis zu einem Monat darf der kalkulatorische Liquiditätsbedarf unter Stressannahmen entweder den Bestand an liquiden Aktiva entsprechend der Liquidity Coverage Ratio (LCR) oder das frei verfügbare Refinanzierungspotenzial nicht übersteigen. Darüber hinaus erfolgt entsprechend den Regelungen der MaRisk die Begrenzung der Liquiditätsrisiken bis zu einer Woche.

Zwischen einem Monat und zwei Jahren wird der kalkulatorische Liquiditätsbedarf auf das frei verfügbare Refinanzierungspotenzial begrenzt.

In der mittel- und langfristigen Liquiditätsrechnung werden darüber hinaus die Kapitalzu- und -abflüsse über zwei Jahre bis fünfzehn Jahre quartalsweise kumuliert und fortgeschrieben. Die kumulierten Zahlungsströme dürfen ein vom Vorstand festgelegtes Limit nicht unterschreiten.

Die Angemessenheit der Stressszenarien sowie die zugrunde liegenden Annahmen und Verfahren zur Beurteilung der Liquiditätsposition werden mindestens jährlich überprüft.

Die Liquiditätsrisiken werden im Risikotragfähigkeitskonzept statt mit Risikodeckungspotenzial mit Liquiditätsdeckungspotenzial bzw. liquiden Aktiva unterlegt. Der Konzern kann sich aufgrund der Triple-A-Ratings und der Haftung des Bundes jederzeit weitere benötigte liquide Mittel am Interbankengeldmarkt beschaffen. Dies erfolgt auch im Rahmen der hinterlegten Sicherheiten bei der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft in Form von echten Wertpapier-Pensionsgeschäften) und bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite und Sicherungsabtretung nach KEV-Verfahren).

Die von der Rentenbank begebenen Anleihen sind in der EU als „liquide Aktiva“ entsprechend der LCR eingestuft. Auch in anderen Rechtsräumen (z. B. USA und Kanada) können Anleihen der Rentenbank als hochliquide Aktiva gehalten werden.

Stressszenarien

Stressszenarien sollen den Einfluss von unerwarteten, außergewöhnlichen Ereignissen auf die Liquiditätsposition untersuchen. Die hierfür entwickelten Liquiditätsstressszenarien sind Bestandteil des internen Steuerungsmodells und werden monatlich berechnet und überwacht. Die Szenarioanalysen umfassen einen Kursverfall für Wertpapiere, ein gleichzeitiges Abrufen aller

unwiderruflichen Kreditzusagen, den Ausfall bedeutender Kreditnehmer und den Abruf der Barsicherheiten.. Mit dem Szenario-Mix wird das kumulierte Eintreten der Liquiditätsstressszenarien simuliert. Bei risikorelevanten Ereignissen werden Liquiditätsstresstests auch anlassbezogen durchgeführt.

Liquiditätskennziffern nach der Liquiditätsverordnung

Gemäß Liquiditätsverordnung werden die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen täglich für die verschiedenen zahlungswirksamen bilanziellen und außerbilanziellen Geschäftsarten ermittelt. Diese werden nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben gewichtet und ins Verhältnis gesetzt. Ferner werden diese Kennziffern auch für zukünftige Stichtage hochgerechnet. Im Berichtsjahr 2016 lag die monatlich gemeldete Liquiditätskennziffer für den Zeitraum bis 30 Tage zwischen 2,59 und 4,04 (2,40 und 3,65) und somit deutlich über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 1,0.

Liquiditätskennziffern nach der CRR

Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern LCR und Net Stable Funding Ratio (NSFR) dienen dazu, das kurzfristige sowie mittel- und langfristige Liquiditätsrisiko zu begrenzen. Ziel ist es, Banken in die Lage zu versetzen, auch in Stressphasen – durch das Vorhalten eines Liquiditätspuffers und einer stabilen Refinanzierung – liquide zu bleiben. Die LCR, das Verhältnis hochliquider Aktiva zu den Nettoliquiditätsabflüssen im Stressfall, musste 2016 mindestens eine Quote von 0,7 erfüllen. Die Anforderung steigt bis 2018 auf eine Quote von 1,0.

Für die NSFR – Verhältnis von verfügbaren stabilen Refinanzierungsmitteln zu den erforderlichen stabilen Refinanzierungen – soll die Mindestquote 1,0 betragen. Die Einführung ist im Zuge des Inkrafttretens der CRR II frühestens für das Jahr 2019 vorgesehen.

Die Mindestquote der LCR und die derzeit erwartete Mindestquote der NSFR wurden im Berichtsjahr 2016 eingehalten.

Reporting

Der Vorstand wird mit der kurzfristigen Liquiditätsvorschau täglich und mit dem Liquiditätsrisikobericht monatlich über die mittel- und langfristige Liquidität, die Ergebnisse der Szenarioanalysen, die Liquiditätskennziffern LCR und NSFR sowie die Ermittlung des Liquiditätspuffers nach MaRisk unterrichtet. Der Prüfungsausschuss und der Risikoausschuss des Verwaltungsrats werden hierüber quartalsweise informiert.

Aktuelle Risikosituation

Die Liquidität war im Berichtsjahr, auch unter Stressannahmen, jederzeit gesichert. Alle Liquiditätslimite und aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern wurden stets komfortabel eingehalten.

Operationelle Risiken

Definition

Operationelle Risiken entstehen infolge nicht funktionierender oder fehlerhafter Systeme und Prozesse, aus Fehlverhalten von Personen oder aus externen Ereignissen. Dazu zählt der Konzern auch Rechtsrisiken, Risiken aus Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen, Verhaltensrisiken, Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umweltrisiken. Nicht dazu zählt der Konzern unternehmerische Risiken, wie z. B. Geschäfts-, Regulierungs-, Reputations- und Pensionsrisiken.

Steuerung und Überwachung

Das Risikocontrolling aggregiert und analysiert zentral alle operationellen Risiken. Es ist für den Einsatz der Instrumente und die methodische Weiterentwicklung der Risikoidentifikation, -bewertung, -steuerung und -kommunikation verantwortlich. Die jeweiligen fachlichen Organisationseinheiten managen die operationellen Risiken.

Der Bereich Recht & Personal steuert und überwacht das Rechtsrisiko. Er informiert sowohl anlassbezogen als auch turnusmäßig den Vorstand in Form halbjährlicher Berichte über laufende oder drohende Rechtsstreitigkeiten. Rechtsrisiken aus Geschäftsabschlüssen reduziert der Konzern, indem er weitgehend standardisierte Verträge einsetzt. Die Abteilung Recht wird hierzu frühzeitig in Entscheidungen einbezogen, wesentliche Vorhaben sind mit dem Bereich Recht & Personal abzustimmen. Rechtsstreitigkeiten werden unverzüglich in der Schadensfalldatenbank erfasst. Zur frühzeitigen Risikoidentifizierung wird ein hierfür definierter Risikoindikator überwacht.

Darüber hinaus hat die Rentenbank eine Compliance-Funktion und eine zentrale Stelle für die Prävention von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen eingerichtet. Auf Basis einer Gefährdungsanalyse gemäß § 25h KWG werden derartige Risiken, die das Vermögen des Konzerns in Gefahr bringen könnten, identifiziert und daraus organisatorische Maßnahmen abgeleitet, um die Risikoprävention zu optimieren. Hierzu analysiert der Konzern auch, ob generelle und institutsspezifische Anforderungen an eine wirksame Organisation eingehalten werden.

Die mit Auslagerungen verbundenen Risiken sind unter den operationellen Risiken erfasst. Die Bank hat für Auslagerungen ein dezentrales Monitoring implementiert. Dieses umfasst auch die Risikosteuerung und -überwachung. Auf Grundlage einer standardisierten Risikoanalyse wird zwischen wesentlichen und nicht wesentlichen Auslagerungen unterschieden. Bei wesentlichen Auslagerungen gelten besondere Anforderungen, insbesondere an die Verträge, den Turnus der Risikoanalysen und an die Berichterstattung.

Betriebsrisiken und Ereignis- oder Umweltrisiken werden konzernweit identifiziert und nach Wesentlichkeitsaspekten gesteuert und überwacht.

Der Konzern hat einen Informationssicherheitsbeauftragten (ISB) benannt und ein Informationssicherheitsmanagement-System (ISMS) implementiert. Der ISB überwacht die Einhaltung der im ISMS getroffenen Vorgaben bzw. Anforderungen und stellt die Vertraulichkeit,

Verfügbarkeit und Integrität der –IT-Systeme sicher. Bei allen kritischen IT-Störfällen wird der ISB eingebunden.

Ein Notfall-Handbuch beschreibt die Vorgehensweise hinsichtlich der Katastrophenvorsorge bzw. im Katastrophenfall. Weitere Notfallpläne regeln den Umgang mit eventuell auftretenden Betriebsstörungen. Auslagerungen von zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen sind ebenfalls in diese Pläne integriert.

Quantifizierung der operationellen Risiken

Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts für das Standardszenario mit einem an den aufsichtsrechtlichen Basisindikatoransatz angelehnten Verfahren quantifiziert. Im Stressszenario wird eine Verdopplung des Risikos aus dem Standardszenario angenommen.

Alle Schadensereignisse und Beinahe-Schäden des Konzerns werden in einer Schadensfalldatenbank dezentral durch Operational-Risk-Beauftragte erfasst. Das Risikocontrolling analysiert und aggregiert die Schadensfälle und entwickelt das Instrumentarium methodisch weiter.

Ferner führt die Bank Self-Assessments in Form von Workshops durch. Dabei werden mindestens jährlich in den für das Geschäftsmodell der Rentenbank bedeutenden Geschäftsprozessen wesentliche operationelle Risikoszenarien analysiert und bewertet. Hierbei werden auch Steuerungsmaßnahmen, wie beispielsweise zur Betrugsprävention, bestimmt.

Limitierung und Reporting

Für die operationellen Risiken wird das Limit anhand des modifizierten aufsichtsrechtlichen Basisindikatoransatzes abgeleitet. Die Berichterstattung erfolgt im Zuge des vierteljährigen Risikoberichts.

Aktuelle Risikosituation

Der Risikowert für das operationelle Risiko im Standardszenario betrug am Stichtag 23,6 Mio. EUR (24,6 Mio. EUR). Im Stressszenario wurde zum Stichtag ein Risikowert von 47,3 Mio. EUR (49,2 Mio. EUR) ermittelt.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden vier bedeutende Schadensereignisse (ab 5 Tsd. EUR) in der Schadensfalldatenbank mit einem potenziellen Nettoverlust von 231 Tsd. EUR erfasst. Im Vorjahr gab es vier bedeutende Einzelverluste aus operationellen Risiken.

Regulierungs- und Reputationsrisiken

Definition

Das Regulierungsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen sich negativ auf die Geschäftstätigkeit oder das Betriebsergebnis des Konzerns auswirkt und regulatorische Anforderungen nur unzureichend erfüllt werden.

Reputationsrisiken sind Gefahren aus einer Rufschädigung des Konzerns, die sich wirtschaftlich negativ auswirken.

Steuerung und Überwachung

Die Steuerung der Regulierungsrisiken erfolgt durch die aktive Begleitung regulatorischer Vorhaben sowie sonstiger, die Rentenbank tangierender, Gesetzesinitiativen und durch die Identifizierung möglicher Konsequenzen für die Rentenbank. Hierbei übernimmt der Arbeitskreis ART die führende Rolle. Er ist insbesondere dafür zuständig, aufsichtsrechtliche und anderweitige gesetzliche Vorhaben zu beobachten und zu bewerten sowie die Compliance-Struktur zu stärken. Dazu initiiert und überwacht der ART Umsetzungs-Projekte. Der Arbeitskreis berichtet dem Vorstand regelmäßig.

Ein Verhaltenskodex und eine professionelle externe Unternehmenskommunikation tragen zur Handhabung der Reputationsrisiken bei.

Die Regulierungs- und Reputationsrisiken werden durch ein Stressszenario im Rahmen der Ertragsplanung quantifiziert und überwacht. Hierzu werden monetäre Auswirkungen dieser Risiken, z. B. Erhöhung der Refinanzierungskosten oder unerwartete Sach- und Personalkosten, für die Umsetzung regulatorischer Anforderungen angenommen. Darüber hinaus erfolgt die Identifikation von Risiken in Self-Assessments.

Eingetretene Verluste werden in der Schadensfalldatenbank sowie in den monatlichen Soll-Ist-Abgleichen in der Gewinn-und-Verlustrechnung überwacht.

Limitierung und Reporting

Den Regulierungs- und Reputationsrisiken ist im Standardszenario ein Risikolimit von 24,0 Mio. EUR (23,0 Mio. EUR) zugewiesen. Die Berichterstattung erfolgt im vierteljährigen Risikobericht.

Aktuelle Risikosituation

Der Risikowert für Regulierungs- und Reputationsrisiken im Standardszenario betrug zum Stichtag 23,4 Mio. EUR (22,2 Mio. EUR) und im Stressszenario 46,8 Mio. EUR (44,5 Mio. EUR).

Schadensereignisse aus Regulierungs- oder Reputationsrisiken traten im Berichtszeitraum, ebenso wie im Vorjahr nicht ein.

Risikotragfähigkeit – „Going-Concern-Ansatz“

Im „Going-Concern-Ansatz“ wird von einer Unternehmensfortführung ausgegangen und die Einhaltung der Steuerungsziele „Erzielung eines stabilen angemessenen operativen Ergebnisses (HGB-Ergebnis)“ und „Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen“ überwacht. Hierfür wird den aus den Standard- und Stressszenarien resultierenden Adressenausfall-, Marktpreis- und operationellen Risiken sowie den Regulierungs- und Reputationsrisiken des Konzerns jeweils ein Anteil des Risikodeckungspotenzials gegenübergestellt.

Nach Abzug der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen inklusive der Berücksichtigung eines aufsichtsrechtlichen Korrekturpostens müssen noch genügend aufsichtsrechtliche Eigenmittel vorhanden sein, um die Risiken aus den konservativ festgesetzten Stressszenarien abdecken zu

können. Der aufsichtsrechtliche Eigenmittelbedarf wurde auf Basis einer Gesamtkapitalquote von 13,91 % entsprechend der Warnschwelle des Sanierungsplans errechnet. Im Vorjahr hat die Bank den aufsichtsrechtlichen Eigenmittelbedarf auf Basis der Warnschwelle von 12 % der harten Kernkapitalquote (CET1-Quote) ermittelt.

Risikodeckungspotenzial

Mit dem Risikodeckungspotenzial werden erwartete und unerwartete Verluste unterlegt. Es leitet sich aus den Konzernzahlen nach IFRS ab. Das Risikodeckungspotenzial 1 unterlegt dabei die Risiken aus den Standardszenarien, das Risikodeckungspotenzial 2 die Risiken aus den Stressszenarien.

Das Risikodeckungspotenzial stellt sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio. EUR	Mio. EUR
Verfügbares Betriebsergebnis	151,4	187,8
Gewinnrücklagen (anteilig)	201,0	156,2
Risikodeckungspotenzial 1	352,4	344,0
Gewinnrücklagen (anteilig)	1 263,5	1 118,9
Eigenbonitätseffekt und DVA	- 0,1	- 0,1
Neubewertungsrücklage	65,4	61,6
Stille Lasten in Wertpapieren	- 3,3	- 3,7
Risikodeckungspotenzial 2	1 677,9	1 520,7
Gewinnrücklagen (anteilig)	2 000,0	2 200,0
Gezeichnetes Eigenkapital (Grundkapital)	135,0	135,0
Risikodeckungspotenzial 3	3 812,9	3 855,7

Die Allokation des Risikodeckungspotenzials 1 auf die Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelles Risiko sowie Regulierungs- und Reputationsrisiko stellt sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

	31.12.2016		31.12.2015	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Adressenausfallrisiko	260,0	73,8	260,0	75,6
Marktpreisrisiko	33,4	9,5	26,0	7,5
Operationelles Risiko	35,0	9,9	35,0	10,2
Regulierungs- u. Reputationsrisiko	24,0	6,8	23,0	6,7
Gesamtrisiko	352,4	100,0	344,0	100,0
Risikodeckungspotenzial 1	352,4	100,0	344,0	100,0

Das Risikodeckungspotenzial 2 fungiert als Globallimit und wird nicht auf die einzelnen Risikoarten aufgeteilt.

Risikoszenarien

Es wird zwischen Standard- und Stressszenarien unterschieden.

Standardszenarien

In den Standardszenarien werden Kreditausfälle, mögliche Marktpreisänderungen sowie der Eintritt bedeutender operationeller, Regulierungs- und Reputationsschäden angenommen.

Die Risikowerte der einzelnen Risikoarten sowie die Auslastung des Risikodeckungspotenzials zeigt folgende Tabelle:

	Standardszenarien			
	31.12.2016		31.12.2015	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Adressenausfallrisiko	65,5	50,8	67,7	51,3
Marktpreisrisiko	16,4	12,7	17,4	13,2
Operationelles Risiko	23,6	18,3	24,6	18,7
Regulierungs- u. Reputationsrisiko	23,4	18,2	22,2	16,8
Gesamtrisiko	128,9	100,0	131,9	100,0
Risikodeckungspotenzial 1	352,4		344,0	
Auslastung		36,6		38,3

Für sektorale Konzentrationsrisiken im Bankensektor ist ein pauschaler Risikobetrag in Höhe von 50 Mio. EUR in den Szenarien für Adressenausfallrisiken enthalten.

Die Warnmarke (Risikoappetit) von 80 % des Risikodeckungspotenzials 1 wurde 2016 und 2015 nicht überschritten.

Stressszenarien

Für das Adressenausfallrisiko werden innerhalb des Gesamtkreditportfolios eine volle Ausnutzung aller intern eingeräumten Geschäftspartnerlimite, Bonitätsverschlechterungen unserer Kontrahenten, eine Erhöhung der länderspezifischen Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie höhere Verlustquoten für potenzielle Ausfälle besicherter Geschäfte innerhalb des Gesamtkreditportfolios unterstellt.

Die Stressszenarien der Marktpreisrisiken beinhalten eine Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurven, Spreads, Volatilitäten und Wechselkurse.

Für operationelle Risiken sowie für Regulierungs- und Reputationsrisiken wird im Stressszenario gegenüber dem Standardszenario eine Verdopplung der Schadenshöhen unterstellt.

Die folgenden Tabellen stellen die Risikowerte sowie die Inanspruchnahme des Risikodeckungspotenzials dar:

	Stressszenarien			
	31.12.2016		31.12.2015	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Adressenausfallrisiko	123,0	16,4	145,5	18,9
Marktpreisrisiko	532,3	71,0	529,1	68,9
Operationelles Risiko	47,3	6,3	49,2	6,4
Regulierungs- und Reputationsrisiko	46,8	6,2	44,5	5,8
Gesamtrisiko	749,4	99,9	768,3	100,0
Risikodeckungspotenzial 2	1 677,9		1 520,7	
Auslastung		44,7		50,5

	Stressszenarien			
	31.12.2016		31.12.2015	
	Mio. EUR	%	Mio. EUR	%
Marktpreisrisiko (Zinsänderungsrisiken)	3,1	0,6	15,4	2,9
Marktpreisrisiko (IFRS-Bewertungsrisiken)	504,7	94,8	499,2	94,4
<i>davon CCY-Basiswap-Spreads</i>	<i>-1 681,0</i>		<i>-1 336,0</i>	
<i>davon Basiswap-Spreads</i>	<i>231,6</i>		<i>215,7</i>	
<i>davon Credit-Spreads</i>	<i>1 867,9</i>		<i>1 508,7</i>	
<i>davon Cap/Floor Volatilitäten</i>	<i>2,0</i>		<i>0,6</i>	
<i>davon Swaption Volatilitäten</i>	<i>14,7</i>		<i>12,3</i>	
<i>davon Währungsumrechnung</i>	<i>69,5</i>		<i>97,9</i>	
Marktpreisrisiko (Risikopuffer)	24,5	4,6	14,5	2,7

Die Warnmarke von jeweils 80 % des Risikodeckungspotenzials 2 (Risikoappetit) wurde 2016 ebenso wie im Vorjahr nicht überschritten.

Nach der Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten stand zum Berichtsstichtag ausreichend Risikodeckungspotenzial 2 zur Verfügung, um die Risikowerte aus den Stressszenarien zu unterlegen.

In der Fünf-Jahres-Planung vom 31.12.2016 wird nach Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten ebenfalls noch genügend Kapital für die Unterlegung der Stressszenarien im „Going-Concern-Ansatz“ bereitgestellt.

Risikotragfähigkeit – „Liquidationsansatz“

In einem weiteren Steuerungskreis wird die Risikotragfähigkeit nach dem „Liquidationsansatz“ betrachtet. Für den Konzern steht dabei der Gläubigerschutz im Vordergrund. Daher werden sämtliche stille Reserven und Lasten im Risikodeckungspotenzial berücksichtigt. Des Weiteren werden keine geplanten und noch nicht erzielten Gewinne (verfügbares Betriebsergebnis) einbezogen. Im „Liquidationsansatz“ muss noch genügend Risikodeckungspotenzial vorhanden sein, um die Effekte aus den nochmals konservativeren Stressszenarien abzudecken.

Liquidationsszenarien mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 % werden für Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle, Regulierungs- und Reputationsrisiken simuliert.

Liquidationsszenarien für Adressenausfall- und Marktpreisrisiken werden mit der höheren Wahrscheinlichkeit von 99,9 % unter den gleichen Prämissen wie bei den Stressszenarien ermittelt. Im „Liquidationsansatz“ werden die Risiken aus allen Positionen unabhängig von ihrer Bilanzierung betrachtet. Für operationelle Risiken sowie Regulierungs- und Reputationsrisiken wird gegenüber dem Standardszenario eine Vervierfachung des Risikowerts unterstellt.

Dieser Steuerungskreis dient neben dem Ziel des Gläubigerschutzes auch dazu, Ergebnisse zu beobachten und kritisch zu reflektieren. Daraus ergaben sich keine Adjustierungen für den Steuerungskreis „Going-Concern-Ansatz“. Die Risikotragfähigkeit nach dem „Liquidationsansatz“ war in den Jahren 2016 und 2015 gegeben.

Inverse Stresstests und konjunktureller wirtschaftlicher Abschwung

Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts-, operationelle Risiken sowie Regulierungs- und Reputationsrisiken werden darüber hinaus inversen Stresstests unterzogen. Ausgangspunkt ist ein maximal zu tragender Verlust in Höhe des Risikodeckungspotenzials. Die angenommenen Szenarien haben eine niedrige Eintrittswahrscheinlichkeit.

Außerdem werden die Auswirkungen eines konjunkturellen wirtschaftlichen Abschwungs untersucht. Auch in diesem Szenario war die Risikotragfähigkeit des Konzerns in den Jahren 2016 und 2015 nicht gefährdet.

Im Sanierungsplan hat die Bank unterschiedliche Belastungsszenarien entwickelt, welche auf das Risikoprofil der Bank zugeschnitten sind und ohne Sanierungsmaßnahmen in ihrer Schwere jeweils eine „Near-Default“-Situation herbeiführen können. Dabei wurden jeweils sich schnell und graduell entwickelnde sowie idiosynkratische, marktweite und kombinierte Szenarien untersucht. Eine „Near-Default“-Situation im Sinne dieses Sanierungsplans liegt vor, wenn mindestens ein Sanierungsindikator seine Schwelle überschritten respektive unterschritten hat und die Rentenbank nach wie vor in der Lage ist, eigenständig zu handeln. Die Belastungsszenarien wurden dabei in ihrer zeitlichen Entwicklung analysiert und anhand aller definierten Sanierungsindikatoren quantifiziert.

Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquoten

Der Konzern nutzt nach Artikel 6 Abs. 1 CRR auf Einzelinstitutsebene entsprechend Artikel 7 Abs. 3 CRR die „Waiver-Regelung“. Die anrechenbaren Eigenmittel und die Risikoaktiva werden gemäß IFRS dargestellt. Sowohl die Gesamtkapitalquote als auch die harte Kernkapitalquote lagen mit 25,7 % (23,2 %) bzw. 23,2 % (20,2 %) weiterhin über den regulatorischen Anforderungen sowie den von der EZB vorgegebenen Mindestanforderungen.

Rechnungslegungsprozess

Aufgabe des Rechnungslegungsprozesses ist die Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung der erforderlichen Jahres- und Konzernabschlüsse.

Ziel des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS ist die Einhaltung der Rechnungslegungsstandards und -vorschriften und die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung.

Der Konzernabschluss der Rentenbank wird freiwillig gemäß § 315a Abs. 1 S. 1 HGB in Übereinstimmung mit den in der EU verpflichtend anzuwendenden IFRS und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften unter Berücksichtigung der im Konzernhandbuch niedergelegten einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsregeln aufgestellt. Die Rentenbank bilanziert nach den Vorschriften des HGB und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV).

Die Regelungen werden in Handbüchern und Arbeitsanweisungen dokumentiert. Der Bereich Finanzen überwacht diese regelmäßig und passt sie an veränderte gesetzliche, regulatorische und prozessuale Anforderungen an. Die Einbindung des Bereichs Finanzen in den „Neue-Produkte-Prozess“ stellt die sachgerechte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sicher.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses entspricht den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) und ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar. Bei der Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen werden die gesetzlichen Fristen beachtet.

Die Funktionen der im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Organisationseinheiten sind klar getrennt. Die Geldgeschäfts-, Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung sind in Nebenbüchern in verschiedenen Organisationseinheiten angesiedelt. Die Daten der Nebenbücher werden über automatisierte Schnittstellen ins Hauptbuch übertragen. Für die Buchhaltung, die Festlegung von Kontierungsregeln, die Buchungssystematik, die Buchungsprogrammsteuerung und die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Finanzen zuständig.

Die Bewertung zum Zeitwert erfolgt täglich automatisiert anhand von externen Marktkursen und anerkannten Bewertungsmodellen.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen werden unter Beachtung der konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften nach IFRS übergeleitet und im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss der Rentenbank einbezogen. Für den gesamten Prozess inklusive der Konsolidierungsmaßnahmen gelten das Vier-Augen-Prinzip sowie Plausibilitäts- und Konsistenzprüfungspflichten.

In der Finanzbuchhaltung wird eine eigenentwickelte Finanzsoftware eingesetzt. Die Vergabe aufgabenspezifischer Berechtigungen schützt den Rechnungslegungsprozess vor unbefugten Zugriffen. Plausibilitätsprüfungen sollen Fehler vermeiden. Außerdem sollen das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutrinen sowie Soll-Ist-Vergleiche im Finanzsystem

sicherstellen, Fehler zeitnah zu entdecken und zu korrigieren. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, dem Ausweis und der Bewertung von Vermögenswerten und Schulden.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems wird zeitnah, verlässlich und relevant an die Verantwortlichen berichtet. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand in Kenntnis gesetzt. Außerdem werden diese bei besonderen Ereignissen zeitnah informiert.

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016

Aktivseite

	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		0,2		0,1
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		6,5		21,1
darunter:			6,7	21,2
bei der Deutschen Bundesbank Mio. EUR 6,5 (i. Vj. Mio. EUR 21,1)				
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		874,8		2,4
b) andere Forderungen		56 919,0		55 680,0
			57 793,8	55 682,4
3. Forderungen an Kunden				
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert Mio. EUR -, - (i. Vj. Mio. EUR -, -)				
Kommunalkredite Mio. EUR 6 003,4 (i. Vj. Mio. EUR 5 205,2)			6 048,2	5 304,4
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten	1 299,0			1 131,7
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank Mio. EUR 1 175,4 (i. Vj. Mio. EUR 1 014,3)				
ab) von anderen Emittenten	16 240,7	17 539,7		16 889,9
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank Mio. EUR 13 064,8 (i. Vj. Mio. EUR 14 326,5)				
b) eigene Schuldverschreibungen		224,9		280,5
Nennbetrag Mio. EUR 300,3 (i. Vj. Mio. EUR 361,5)			17 764,6	18 302,1
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			0,1	0,1
6. Beteiligungen				
darunter:				
an Kreditinstituten Mio. EUR 321,9 (i. Vj. Mio. EUR 321,9)				
an Finanzdienstleistungsinstituten Mio. EUR -, - (i. Vj. Mio. EUR -, -)			326,2	326,2
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				
darunter:				
an Kreditinstituten Mio. EUR -, - (i. Vj. Mio. EUR -, -)				
an Finanzdienstleistungsinstituten Mio. EUR -, - (i. Vj. Mio. EUR -, -)			49,6	49,6
8. Treuhandvermögen				
darunter:				
Treuhandkredite Mio. EUR 113,0 (i. Vj. Mio. EUR 113,4)			113,0	113,4
9. Immaterielle Anlagewerte				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			11,4	12,6
10. Sachanlagen			14,8	15,7
11. Sonstige Vermögensgegenstände			2 918,6	2 955,1
12. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		945,8		881,7
b) andere		259,1		191,2
			1 204,9	1 072,9
Summe der Aktiva			86 251,9	83 855,7

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016

			Passivseite	
			31.12.2015	31.12.2016
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		6,4		0,1
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>3 047,2</u>		<u>3 461,6</u>
			3 053,6	3 461,7
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig		190,6		208,0
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>3 576,0</u>		<u>3 755,3</u>
			3 766,6	3 963,3
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			69 982,0	67 304,9
4. Treuhandverbindlichkeiten				
darunter:				
Treuhandkredite Mio. EUR 113,0 (i. Vj. Mio. EUR 113,4)			113,0	113,4
5. Sonstige Verbindlichkeiten			2 628,3	2 762,7
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		258,3		190,5
b) andere		<u>1 056,3</u>		<u>922,9</u>
			1 314,6	1 113,4
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		105,6		108,4
b) andere Rückstellungen		<u>362,6</u>		<u>349,5</u>
			468,2	457,9
8. Nachrangige Verbindlichkeiten			615,1	608,4
9. Fonds für allgemeine Bankrisiken			3 106,9	2 911,2
10. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		135,0		135,0
b) Gewinnrücklagen				
ba) Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank		986,9		
Einstellungen aus der Deckungsrücklage		21,6		
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss		<u>44,2</u>	1 052,7	986,8
bb) Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank		22,7		
Entnahmen gemäß § 2 (3) Rentenbank-Gesetz		<u>21,6</u>	1,1	22,7
c) Bilanzgewinn			14,8	14,3
			1 203,6	1 158,8
Summe der Passiva			86 251,9	83 855,7
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			1,0	1,3
2. Andere Verpflichtungen				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			990,0	866,5

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016**

Erträge

	Mio. EUR	Mio. EUR	2015 Mio. EUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	3 171,9		3 250,9
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>469,0</u>		<u>555,5</u>
		3 640,9	3 806,4
2. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,0		0,0
b) Beteiligungen	<u>6,9</u>		<u>50,3</u>
		6,9	50,3
3. Provisionserträge		0,2	0,2
4. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,0	1,3
5. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,7	51,6
6. Sonstige betriebliche Erträge		9,2	4,5
Summe der Erträge		3 657,9	3 914,3

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016**

	Aufwendungen			
			2015	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
1. Zinsaufwendungen			3 329,2	3 495,0
2. Provisionsaufwendungen			2,3	2,4
3. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	24,7			24,1
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützungen	3,7			4,7
darunter:		28,4		28,8
für Altersversorgung Mio. EUR 0,4 (Vj. Mio. EUR 1,6)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		25,7		24,9
			54,1	53,7
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			7,0	6,1
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen			9,1	20,8
6. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			195,7	279,2
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,4	0,0
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			1,0	0,0
9. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 5 ausgewiesen			0,1	0,1
10. Jahresüberschuss			59,0	57,0
Summe der Aufwendungen			3 657,9	3 914,3
1. Jahresüberschuss			59,0	57,0
2. Entnahmen aus der Gewinnrücklage aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank			21,6	23,1
3. Einstellungen in die Gewinnrücklage in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank aus der Deckungsrücklage aus dem Jahresüberschuss			21,6 44,2	23,1 42,7
4. Bilanzgewinn			14,8	14,3

Anhang für das Geschäftsjahr 2016

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Sitz und Amtsgericht Frankfurt am Main, Handelsregister-Nummer HRA 30636 (im Folgenden: Rentenbank), wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den Formblättern der RechKredV.

Vermögensgegenstände werden nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der besonderen Regelungen für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) bewertet. Forderungen sind gemäß § 340e Abs. 2 HGB mit dem Nennbetrag bilanziert. Agien und Disagien aus Forderungen sowie Einmalzahlungen aus Swaps (Upfront-Zahlungen) werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Entsprechend § 11 RechKredV werden anteilige Zinsen im zugehörigen Forderungsposten ausgewiesen.

Durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen wurde sämtlichen erkennbaren Risiken Rechnung getragen. Für latente (Kredit-)Risiken bestehen – neben dem in der Bilanz ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken – Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB. Zur Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen wendet die Bank ein auf internen Risikoklassifizierungsverfahren basierendes Expected Loss-Verfahren an.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten festverzinslichen Wertpapiere werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um dauerhafte Wertminderungen, bilanziert. Aktien, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden, soweit sie der Liquiditätsreserve zugeordnet wurden, nach dem strengen Niederstwertprinzip (§ 253 Abs. 4 HGB) bewertet. Die Bank führt kein Handelsbuch gemäß § 1 Abs. 35 KWG i.V.m. Artikel 4 Abs. 1 Nr. 86 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen, bilanziert. Wertaufholungen werden vorgenommen, sofern die Gründe für den niedrigeren Wertansatz entfallen sind.

Treuhandvermögen wird gemäß § 6 RechKredV ausgewiesen und aufgrund seines Zusammenhangs mit den Treuhandverbindlichkeiten zum Nennbetrag bilanziert.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte werden unter Beachtung der handelsrechtlichen Bestimmungen mit ihren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ausgewiesen, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer.

Sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennbetrag bilanziert, Wertberichtigungen werden anlassbezogen vorgenommen.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden nach § 250 Abs. 1 HGB angesetzt und planmäßig über die Laufzeit verteilt aufgelöst.

Verbindlichkeiten sind nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Agien und Disagien aus Verbindlichkeiten sowie Einmalzahlungen aus Swaps (Upfront-Zahlungen) werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Zerobonds werden mit dem Emissionsbetrag zuzüglich anteiliger Zinsen gemäß Emissionsrendite bilanziert. Entsprechend § 11 RechKredV werden anteilige Zinsen im zugehörigen Verbindlichkeitsposten ausgewiesen.

Treuhandverbindlichkeiten werden gemäß § 6 RechKredV ausgewiesen und aufgrund des Zusammenhangs mit dem Treuhandvermögen mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden nach § 250 Abs. 2 HGB ausgewiesen und planmäßig über die Laufzeit verteilt aufgelöst.

Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags unter Berücksichtigung künftiger Preis- und Kostensteigerungen passiviert. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgt eine Abzinsung auf den Bilanzstichtag. Im Vorjahr bzw. vor der Änderung des § 253 HGB durch das Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften vom 11. März 2016 wurden die Pensionsverpflichtungen mit dem durchschnittlichen Zinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst. Als Abzinsungssätze werden ab 2016 die den Restlaufzeiten der Rückstellungen entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen zehn Geschäftsjahre verwendet, wie sie von der Deutschen Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung monatlich ermittelt und bekannt gegeben werden. Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen werden nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn statt sieben Jahre resultiert ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 11 Mio. Euro. Gewinne dürfen gemäß

§ 253 Abs. 6 Satz 2 nur dann ausgeschüttet werden, wenn die nach der Ausschüttung frei verfügbaren Rücklagen zzgl. eines Gewinnvortrags und abzüglich eines Verlustvortrags mindestens dem ermittelten Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 entsprechen.

Die Bewertung der Pensionsrückstellungen erfolgt nach den Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sogenannten „Projected-Unit-Credit-Methode“ (PUC-Methode). Der Rückstellungsbetrag gemäß der PUC-Methode ist definiert als der versicherungsmathematische Barwert der Pensionsverpflichtungen, der von den Mitarbeitern bis zu diesem Zeitpunkt gemäß Rentenformel und Unverfallbarkeitsregelung aufgrund ihrer in der Vergangenheit abgeleisteten Dienstzeiten verdient worden ist. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden die Richttafeln 2005 G mit Vollanpassung 2011 von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Im Rahmen der Berechnung zum 31. Dezember 2016 wurden die folgenden Parameter zugrunde gelegt:

	2016	2015
Rechnungszins gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB*	4,01 % p.a.	3,89 % p.a.
Karrieretrend	1,00 % p.a.	1,00 % p.a.
Dynamik der anrechenbaren Bezüge	2,25 % p.a.	2,25 % p.a.
Rententrends (Bandbreite der Anpassung)	1,0–2,25 % p.a.	1,0–2,25 % p.a.
Fluktuation	durchschnittlich 2,00 % p.a.	durchschnittlich 2,00 % p.a.
Entwicklung der Beitragsbemessungsgrenzen	2,50 % p.a.	2,50 % p.a.

*) In 2015 wurden die Pensionsverpflichtungen mit dem durchschnittlichen Zinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Rückstellungen für Programmkredite decken die Zinsunterdeckungen für die gesamte Kreditlaufzeit bzw. bis zum Zinsanpassungstermin. Die vor der BilMoG-Anwendung gebildeten Rückstellungen für Zinsunterdeckungen der Programmkredite werden unter der Bezugnahme auf das Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB beibehalten.

Zur Berechnung eines etwaigen rückstellungspflichtigen Betrages im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs wurde ein periodischer (GuV-orientierter) Ansatz verwendet. Das Bankbuch umfasst alle zinstragenden Geschäfte der Bank und wird einheitlich gesteuert.

Zur Berechnung wurden die zukünftigen Periodenergebnisse des Bankbuchs durch die Ergebnisbeiträge der geschlossenen und offenen Zinspositionen bestimmt.

Die Diskontierungen dieser zukünftigen Zahlungsströme erfolgten jeweils auf Basis allgemein anerkannter fristenadäquater Geld- und Kapitalmarktsätze zum Abschlussstichtag. Die Risikokosten wurden auf der Grundlage zukünftig erwarteter Verluste berechnet und die anteiligen Verwaltungskosten für die Bestandsverwaltung auf Basis interner Auswertungen angesetzt. Als Ergebnis aus der Berechnung ergab sich zum 31. Dezember 2016 kein Rückstellungsbedarf.

Bewertungseinheiten i.S.d. § 254 HGB werden ausschließlich zur Sicherung des Fremdwährungsrisikos gebildet. Zur Absicherung von Währungsrisiken setzt die Rentenbank Devisen-swaps und Zins-Währungsswaps ein.

Die Währungsumrechnung und bilanzielle Darstellung der Geschäfte ohne Währungssicherung erfolgt gemäß § 340h i.V.m. § 256a HGB und § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB. Nach § 277 Abs. 5 Satz 2 HGB findet der Ausweis der Erträge aus der Währungsumrechnung unter dem Posten „sonstige betriebliche Erträge“ und der Aufwendungen aus der Währungsumrechnung im Posten „sonstige betriebliche Aufwendungen“ statt.

Die Bank ist von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit. Latente Steuern gem. § 274 HGB sind demnach im Jahresabschluss der Rentenbank nicht zu bilden.

Die Rentenbank stellt unter Einbeziehung der LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und der DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, freiwillig einen Konzernabschluss nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, gemäß § 315a HGB auf.

Angaben zur Bilanz

Die Angaben und Erläuterungen erfolgen nach der Reihenfolge der Bilanzposten. Unterschiedsbeträge zum Bilanzausweis ergeben sich aus der Darstellung ohne anteilige Zinsen.

Aktiva		31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
Pos. 2:	Forderungen an Kreditinstitute		
	In diesem Posten sind enthalten:		
	• Forderungen an participations companies	4 102	-
	Gliederung des Unterpostens b) – andere Forderungen – nach Restlaufzeiten:		
	• bis drei Monate	3 988	2 249
	• mehr als drei Monate bis ein Jahr	6 190	7 443
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	23 052	23 687
	• mehr als fünf Jahre	22 845	21 446
	Gesamtbetrag der Fristengliederung	56 075	54 825
Pos. 3:	Forderungen an Kunden		
	In diesem Posten sind enthalten:		
	• Forderungen an participations companies	-	0
	Gliederung dieses Bilanzpostens nach Restlaufzeiten:		
	• bis drei Monate	15	69
	• mehr als drei Monate bis ein Jahr	294	291
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1 329	1 251
	• mehr als fünf Jahre	4 234	3 514
	Gesamtbetrag der Fristengliederung	5 872	5 125
	Forderungen an Kunden mit unbestimmter Restlaufzeit i.S.d. § 9 Abs. 3 Nr. 1 RechKredV bestehen nicht.		
Pos. 4:	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	Von den sämtlich börsenfähigen Wertpapieren sind:		
	• börsennotiert	17 195	17 682
	• nicht börsennotiert	313	329
	Dem Anlagevermögen sind Wertpapiere mit einem Buchwert von 17 508 Mio. EUR (31.12.2015: 18 011 Mio. EUR) zugeordnet. Diese werden nicht nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Aufgrund der dauerhaften Anlageabsicht wird bei einer voraussichtlich nur vorübergehenden Wertminderung von einer Abwertung auf den beizulegenden Wert abgesehen. Insbesondere wird keine Abschreibung vorgenommen, sofern die festgestellte Wertminderung nur vorübergehend in Bezug auf die künftige Ertragslage ist und mit der vollständigen Rückzahlung der Wertpapiere bei Fälligkeit gerechnet wird.		
	Der Buchwert der Wertpapiere, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden, beträgt 745 Mio. EUR. Der Zeitwert dieser Wertpapiere beträgt 732 Mio. EUR. Zur Ermittlung dieses Betrags wurden Börsen- oder Marktpreise herangezogen. Die vermiedenen Abschreibungen betragen demnach 13 Mio. EUR (31.12.2015: 16 Mio. EUR). Dauerhafte Wertminderungen lagen, wie im Vorjahr, für die Wertpapiere des Anlagevermögens nicht vor.		

Aktiva		31.12.2016	31.12.2015
		Mio. EUR	Mio. EUR
Pos. 4:	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden:		
	• von öffentlichen Emittenten	205	15
	• von anderen Emittenten	3 007	3 358
Pos. 5:	Der Gesamtbestand von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ist, wie im Vorjahr, börsenfähig und börsennotiert.		
Pos. 6 und 7:	Die Bilanzposten Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten, wie im Vorjahr, keine börsenfähigen Wertpapiere.		
Pos. 8:	Treuhandvermögen		
	Hierin sind enthalten:		
	• Zweckvermögen des Bundes bei der Rentenbank	113	113
	• Forderungen an Kreditinstitute	0	0
Pos. 9:	Immaterielle Anlagewerte		
	Hierin sind enthalten:		
	• entgeltlich erworbene Software und Lizenzen	11	13
Pos. 10:	Sachanlagen		
	Hierin sind enthalten:		
	• eigengenutzte Grundstücke und Gebäude, Wohnungen	0	0
	• fremdgenutzte Grundstücke und Gebäude	14	15
	• Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	1
Pos. 11:	Sonstige Vermögensgegenstände		
	Hierin sind enthalten:		
	gestellte Barsicherheiten für derivative Verträge	2 918	2 930
Pos. 12:	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Hierin sind enthalten:		
	• Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB	700	633
	• Unterschiedsbeträge gemäß § 250 Abs. 3 HGB	246	249
	• Upfront-Zahlungen aus derivativen Geschäften	257	190

Anlagenspiegel

Anlagenspiegel						
Mio. EUR	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen		Finanzanlagen		
	Software und Lizenzen	Grundstücke und Gebäude	BGA*	Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
Historische Anschaffungskosten (AK/HK)						
AK/HK 01.01.2016	27	20	14	18 316	326	50
Zugänge	4	0	1	3 201	-	-
Abgänge	1	0	2	3 740	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-	-
AK/HK 31.12.2016	30	20	13	17 777	326	50
Abschreibungen						
kumulierte AfA 01.01.2016	14	5	13	13	0	-
kumulierte AfA aus Abgängen	0	0	2	-	-	-
AfA 2016	5	1	1	-	-	-
kumulierte AfA 31.12.2016	19	6	12	13	0	-
Zuschreibungen	-	-	-	1	-	-
Bilanzwert						
Bilanzwert 31.12.2016	11	14	1	17 765	326	50
Bilanzwert Vorjahr	13	15	1	18 302	326	50

*) Betriebs- und Geschäftsausstattung

Passiva		31.12.2016	31.12.2015
		Mio. EUR	Mio. EUR
Pos. 1:	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	Gliederung des Unterpostens b) – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – nach Restlaufzeiten:		
	• bis drei Monate	230	322
	• mehr als drei Monate bis ein Jahr	315	325
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1 065	880
	• mehr als fünf Jahre	680	1 190
	Gesamtbetrag der Fristengliederung	2 290	2 717
	Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 LR-Gesetz	-	77
Pos. 2:	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
	In diesem Posten sind enthalten:		
	• Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	1	1
	• Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	134	134
	Gliederung des Unterpostens ab) – mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – nach Restlaufzeiten:		
	• bis drei Monate	53	143
	• mehr als drei Monate bis ein Jahr	33	293
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	816	1 421
	• mehr als fünf Jahre	2 580	1 763
	Gesamtbetrag der Fristengliederung	3 482	3 620
	Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 LR-Gesetz	22	377
Pos. 3:	Verbriefte Verbindlichkeiten		
	a) begebene Schuldverschreibungen		
	Gliederung nach Restlaufzeiten:		
	• bis ein Jahr	16 157	15 195
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	33 576	36 149
	• mehr als fünf Jahre	19 752	15 407
	Gesamtbetrag der Fristengliederung	69 485	66 751
	Davon gesichert durch Aktiva gem. § 13 Abs. 2 LR-Gesetz	0	0

Passiva		31.12.2016	31.12.2015
		Mio. EUR	Mio. EUR
Pos. 4:	Treuhandverbindlichkeiten		
	Hierin sind enthalten:		
	• Verbindlichkeiten aus dem Zweckvermögen des Bundes bei der Rentenbank	113	113
	• Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0
Pos. 5:	Sonstige Verbindlichkeiten		
	Hierin sind enthalten:		
	• erhaltene Barsicherheiten für derivative Verträge	2 623	2 756
	Gliederung nach Restlaufzeiten:		
	• bis drei Monate	2 623	2 756
Pos. 6:	Rechnungsabgrenzungsposten		
	Hierin sind enthalten:		
	• Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB	4	3
	• Unterschiedsbeträge gemäß § 250 Abs. 2 HGB	254	187
	• Upfront-Zahlungen aus derivativen Geschäften	1 031	899
Pos. 8:	Nachrangige Verbindlichkeiten		
	Gliederung nach Restlaufzeiten:		
	• bis ein Jahr	33	-
	• mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	303	134
	• mehr als fünf Jahre	279	474
	Gesamtbetrag der Fristengliederung	615	608
<p>Die Nachrangverbindlichkeiten sind in Form von Schuldscheindarlehen, Loan Agreements und Inhaberpapieren mit Globalurkunden ausgestaltet. Für die nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 615 Mio. EUR (Vorjahr: 608 Mio. EUR) beträgt der Nettozinsaufwand nach Sicherung 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR). Die Nachrangbedingungen der Schuldscheindarlehen erfüllen die Voraussetzungen nach Art. 63 CRR. Nachrangverbindlichkeiten in Form von Inhaberpapieren mit Globalurkunden und in Form von Loan Agreements entsprechen nicht den Anforderungen nach Art. 63 lit. k) und l) CRR.</p> <p>Angaben nach § 35 Abs. 3 Nr. 2 RechKredV zu jeder 10 % des Gesamtbetrags der Nachrangverbindlichkeiten übersteigenden Mittelaufnahme:</p> <ol style="list-style-type: none"> Anleihe über nominal 25 Mrd. JPY; Buchwert: 158 Mio. EUR; gekündigt zum 21.04.2017; Fälligkeit: 21.04.2036; Zinssatz vor Sicherung: 2,8 % Anleihe über nominal 10 Mrd. JPY; Buchwert: 62 Mio. EUR; Fälligkeit: 28.10.2019; Zinssatz vor Sicherung: 2,0 % Anleihe über nominal 100 Mio. EUR; Buchwert: 100 Mio. EUR; Fälligkeit: 18.08.2021; Zinssatz vor Sicherung: 1,003 % Anleihe über nominal 100 Mio. EUR; Buchwert: 100 Mio. EUR; Fälligkeit: 18.08.2021; Zinssatz vor Sicherung: 1,033 % 			

Angaben unter dem Strich		31.12.2016	31.12.2015
		Mio. EUR	Mio. EUR
Pos. 1:	Eventualverbindlichkeiten		
	<ul style="list-style-type: none"> • Ausfallbürgschaften • Verbürgung von Sicherheitsleistungen <p>Ausfallbürgschaften wurden für zinsverbilligte Kapitalmarktkredite übernommen. Mit der Inanspruchnahme aus den Bürgschaften ist nach unserer Einschätzung nicht zu rechnen. Für die zinsverbilligten Kapitalmarktkredite bestehen Rückbürgschaften der öffentlichen Hand.</p>	1 0	1 0
Pos. 2:	Andere Verpflichtungen		
	Die Erhöhung der unwiderruflichen Kreditzusagen um 123 Mio. EUR auf den Gesamtbestand in Höhe von 990 Mio. EUR (31.12.2015: 867 Mio. EUR) ist auf eine Zunahme der offenen unwiderrufliche Zusagen im Programmkreditgeschäft zurückzuführen. Die Kreditzusagen werden überwiegend im Jahr 2017 in Anspruch genommen.		
Fremdwährung			
	Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden bestehen in folgender Höhe:		
	<ul style="list-style-type: none"> • Vermögensgegenstände • Schulden 	4 808 52 650	4 393 50 054
Deckungsrechnung			
	Die im Umlauf befindlichen deckungspflichtigen Verbindlichkeiten bestehen ausschließlich aus Namensschuldverschreibungen.	22	454
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen sind folgende Aktiva bestimmt:		
	<ul style="list-style-type: none"> • Forderungen an Kreditinstitute 	97	920

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Aufwendungen und Erträge

Der Ausweis der Zinsaufwendungen erfolgte inklusive negativer Zinsen aus Geldmarktverbindlichkeiten und negativer Zinsen aus erhaltenen Barsicherheiten in Höhe von insgesamt 7,3 Mio. EUR (aufwandsmindernd); der Ausweis der Zinserträge aus gestellten Barsicherheiten sowie Kredit- und Geldmarktgeschäften erfolgte abzüglich negativer Zinsen in Höhe von insgesamt 19,6 Mio. EUR (ertragsmindernd). Auf eine weitere Untergliederung der GuV-Posten wurde aus Materialitätsgründen verzichtet.

Die Zinsaufwendungen für die Bildung der Rückstellungen für die Zinsunterdeckung der Programmkredite beliefen sich in 2016 auf 82,9 Mio. EUR (Vorjahr: 77,2 Mio. EUR). Die Zinserträge enthalten den zeitanteiligen Verbrauch der entsprechenden Rückstellungen in Höhe von 83,6 Mio. EUR (Vorjahr: 82,1 Mio. EUR). Im Zinsaufwand werden Effekte aus der Aufzinsung dieser Rückstellungen in Höhe von 12,3 Mio. EUR (Vorjahr: 14,3 Mio. EUR) ausgewiesen.

Erläuterungen der wichtigsten Einzelbeträge nach § 35 Abs. 1 Nr. 4 RechKredV	2016 Mio. EUR	2015 Mio. EUR
Pos. 5: Sonstige betriebliche Aufwendungen		
In diesem Posten sind folgende wesentliche Aufwendungen enthalten:		
• Kapitalzuweisung Forschung für Innovationen in der Agrarwirtschaft	3	3
• Zinsaufwand aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen	2	13
• Zuführung Rückstellung für schwebende Rechtsstreitigkeiten	2	1
• Kapitalzuweisung / Zinszuschuss Edmund-Rehwinkel Stiftung	0	2
Pos. 6: Sonstige betriebliche Erträge		
In diesem Posten sind folgende wesentliche Erträge enthalten:		
• Ertrag aus vorzeitigem Rückkauf einer eigenen Emission	5	-
• Mieteinnahmen für bankeigene Gebäude	2	2
• Sonstige Erstattungen	1	1
• Sonstige Erträge aus Rückstellungsaufösungen	0	1

Im Vorjahr wurde ein Ertrag aus dem Rückkauf einer eigenen Emission in Höhe von 3 Mio. EUR in der GuV-Position „Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft“ ausgewiesen.

Im Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind Aufwendungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von 33,1 Tsd. EUR (Vorjahr: 2,4 Tsd. EUR) enthalten. Im Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ sind Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von

8,6 Tsd. EUR (Vorjahr: 10,9 Tsd. EUR) ausgewiesen. Diese Währungsumrechnungsposten resultieren ausschließlich aus der Währungsbewertung der Zahlungsverkehrskonten im Ausland.

In den Aufwendungen und Erträgen sind keine wesentlichen periodenfremden Posten enthalten.

Sonstige Angaben

Derivative Finanzinstrumente

Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken genutzt. Das Volumen der Geschäfte ist durch kontrahenten- und produktbezogene Limite begrenzt und wird im Rahmen unseres Risikomanagements ständig überwacht.

Der beizulegende Zeitwert ist der Preis, den Marktteilnehmer in einer marktgerechten Transaktion bei Verkauf eines Vermögenswertes erhalten bzw. bei Übertragung einer Verbindlichkeit zahlen. Den Bewertungsmodellen liegen beobachtbare Marktparameter zugrunde. Der beizulegende Zeitwert von Kontrakten ohne optionale Bestandteile wird auf Basis der abgezinsten erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (DCF - Discounted Cashflow Method) ermittelt. Für alle Derivate werden zur Diskontierung neben der OIS-Kurve (Overnight-Interest-Rate-Swap) zusätzlich sogenannte Basisswap-Spreads und Cross Currency-Basisswap-Spreads (CCY-Basisswap-Spreads) verwendet. Sie werden differenziert nach Laufzeit und Währung von externen Marktdatenanbietern bezogen. Kontrakte mit optionalen Bestandteilen werden mit anerkannten Optionspreismodellen bewertet. Neben den oben erwähnten Zinskurven bzw. Spreads gehen zudem Volatilitäten und Korrelationen zwischen beobachtbaren Marktdaten in die Berechnung ein.

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina –

Gemäß § 285 Nr. 19 HGB sind die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Geschäfte wie folgt dargestellt (Netting- und Collateral-Vereinbarungen wurden in der Aufstellung nicht berücksichtigt):

Derivative Geschäfte in Mio. EUR zur Absicherung von:	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2016
Zinsrisiken				
Zinsswaps	103 758	102 250	1 604	5 448
• davon in Swaps eingebettete Kündigungs- und Wandlungsrechte	1 149	672	43	5
Swaptions				
• Verkäufe	958	958		5
Zinsrisiken – gesamt –	104 716	103 208	1 604	5 453
Währungsrisiken				
Zins-Währungsswaps	50 964	50 133	4 734	1 874
• davon in Swaps eingebettete Devisenoptionen	49	46	10	-
Devisenswaps	5 896	3 541	212	6
Währungsrisiken – gesamt –	56 860	53 674	4 946	1 880
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Aktienindex-Swaps	-	30	-	-
• davon in Swaps eingebettete Aktienoptionen	-	30	-	-
Aktien- und sonstige Preisrisiken – gesamt –	-	30	-	-
Zins-, Währungs-, Aktien- und sonstige Preisrisiken	161 576	156 912	6 550	7 333

Derivative Geschäfte – Fristengliederung –

Nominalwerte Mio. EUR	Derivative Geschäfte zur Absicherung von:					
	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	31.12.16	31.12.15	31.12.16	31.12.15	31.12.16	31.12.15
Restlaufzeiten						
• bis drei Monate	4 908	4 981	8 637	7 671	-	-
• mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	10 802	11 318	7 313	5 450	-	30
• mehr als ein Jahr bis zu fünf Jahren	51 132	51 041	24 692	25 827	-	-
• mehr als fünf Jahre	37 874	35 868	16 218	14 726	-	-
Gesamt	104 716	103 208	56 860	53 674	-	30

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung –

Mio. EUR	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2016
Banken in der OECD	150 889	139 144	6 278	6 692
Sonstige Kontrahenten in der OECD	10 687	17 768	272	641
Gesamt	161 576	156 912	6 550	7 333

Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte, insbesondere Geschäfte in Fremdwährung, werden bei der Bank zur Deckung von Marktpreisschwankungen abgeschlossen.

Angaben nach § 285 Nr. 23 HGB zu Bewertungseinheiten

Die Rentenbank setzt zur Absicherung von Währungsrisiken Devisenswaps und Zins-Währungsswaps ein. In der Bilanz erfolgt die Abbildung der Sicherung von Währungsrisiken mittels Währungsbewertungseinheiten gemäß § 254 HGB. Bei diesen Bewertungseinheiten werden die Zahlungsströme des Grundgeschäfts vollständig im Sicherungsgeschäft (Derivat) gespiegelt (Perfect Hedge). Für die sich zwischen Grundgeschäft und Sicherungsinstrument ausgleichenden Wertänderungen wird die sogenannte Einfrierungsmethode angewendet.

Zur Messung der Effektivität von Sicherungsbeziehungen wird die „Critical Term Match/Short Cut Method“ herangezogen, bei der die Zahlungsströme von Grund- und Sicherungsgeschäft

gegenübergestellt werden. Die Währungskursschwankungen korrespondierender Grundgeschäfte und Sicherungsderivate verhalten sich jeweils gegenläufig und gleichen sich für den Zeitraum bis zum Ende der jeweiligen Laufzeiten aus. Zum Bilanzstichtag waren Grundgeschäfte wie folgt in Bewertungseinheiten zusammengefasst:

Bilanzposten	Buchwert in Mio. EUR		Abgesichertes Risiko
	2016	2015	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4 176	3 690	Währung
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	136	136	Währung
Verbriefte Verbindlichkeiten	48 473	45 893	Währung
Nachrangverbindlichkeiten	332	328	Währung

Bezüge des Vorstands und des Verwaltungsrats

Im Geschäftsjahr 2016 betragen die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder der Bank gemäß § 285 Nr. 9b HGB 2 282 Tsd. EUR (Vorjahr: 2 109 Tsd. EUR). Für die einzelnen Vorstandsmitglieder wurde folgende Vergütung im Geschäftsjahr 2016 festgesetzt:

Angaben in Tsd. EUR	Fixe Bezüge*	Variable** Bezüge	Sonstige Bezüge	Gesamt
Hans Bernhardt	700	120	41	861
Dr. Horst Reinhardt	700	120	27	847
Imke Etori (bis 30.09.2016)	300	0	274	574

*) Aufgrund der Umstellung des Vergütungssystems (beginnend mit dem Geschäftsjahr 2016) ist bei Herrn Bernhardt und Herrn Dr. Reinhardt jeweils eine fixe Sonderzahlung von insgesamt 170.000 EUR in der Festvergütung enthalten.

***) Ein Anteil von 40% der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2015 wurde über einen Zeitraum von drei Jahren gestreckt und gelangt in 2017 bis 2019 zur Auszahlung, sofern die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind zum 31.12.2016 insgesamt 15 017 Tsd. EUR (Vorjahr: 15 855 Tsd. EUR) zurückgestellt. An laufenden Versorgungsbezügen sind 1 253 Tsd. EUR (Vorjahr: 1 235 Tsd. EUR) gezahlt worden. Die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats nahmen im Geschäftsjahr 2016 wie im Vorjahr keine Kredite in Anspruch.

Gemäß der Vergütungsregelung erhalten der Vorsitzende des Verwaltungsrats 30 Tsd. EUR, sein Stellvertreter 20 Tsd. EUR und alle weiteren Verwaltungsratsmitglieder jeweils 10 Tsd.

EUR jährliche Grundvergütung. Hinzu treten je Ausschussmitgliedschaft eine Vergütung von 2 Tsd. EUR bzw. für den jeweiligen Ausschussvorsitzenden 4 Tsd. EUR. Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge unserer Verwaltungsratsmitglieder betragen 283 Tsd. EUR (Vorjahr: 293 Tsd. EUR, jeweils mit Umsatzsteuer).

In der folgenden Tabelle sind die individuellen Bezüge aufgeführt (jeweils ohne Umsatzsteuer):

	Mitgliedschaft		Vergütung	
	2016	2015	2016	2015
			Tsd. EUR	Tsd. EUR
Joachim Rukwied	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	42,0	42,0
Christian Schmidt ¹	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	22,0	22,0
Georg Fahrenschohn	01.01. - 30.06.	01.01. - 31.12.	7,0	14,0
	Mitgliedschaft		Vergütung	
	2016	2015	2016	2015
			Tsd. EUR	Tsd. EUR
Udo Folgart	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	14,0	14,0
Dr. Robert Kloos	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	14,0	14,0
Bernhard Krüsken	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	15,5	14,0
Michael Reuther	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	14,0	14,0
Dr. Caroline Toffel	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	14,0	12,3
Werner Hilse	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	12,0	12,0
Manfred Nüssel	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	12,0	12,0
Harald Schaum	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	12,0	12,0
Brigitte Scherb	01.01. - 31.12.	01.01. - 31.12.	12,0	12,0
Konrad Weiterer	01.01. - 24.08	01.01. - 31.12.	6,7	10,0
Dr. Marcus Pleyer	01.01. - 31.12.	21.12. - 31.12.	14,5	-
Werner Schwarz	01.01. - 31.12.	-	10,0	-
Dr. Rolf Bösingher	01.01. - 31.12.	-	10,0	-
Birgit Keller	01.01. - 31.12.	-	10,0	-
Wolfgang Reimer	01.01. - 02.05.	-	3,3	-
Peter Hauk	12.05. - 31.12.	-	6,3	-
Dr. Klaus Stein	-	01.01. - 30.11.	-	16,2
Norbert Schindler	-	01.01. - 31.12.	-	12,0
Helmut Brunner	-	01.01. - 31.12.	-	10,0
Prof. Mathias Stauch	-	01.01. - 31.12.	-	10,0
Jörg Vogelsänger	-	01.01. - 31.12.	-	10,0
Gesamtvergütung			251,3	262,5

¹⁾ Direkte Spenden an die "Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum", "AG der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V." und "Förderverein BlechSchatz/Verein zur Förderung der Posaunenchorarbeit in Bayern e.V."

Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter nach § 267 Abs. 5 HGB

Personalbestand	2016			2015		
	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	141	80	221	135	83	218
Teilzeitbeschäftigte	9	48	57	5	45	50
Insgesamt	150	128	278	140	128	268

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 und § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB

Auf die Nennung der Gesellschaften nach § 285 Nr. 11 HGB haben wir gemäß § 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB verzichtet, weil sie für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank von untergeordneter Bedeutung sind.

Nach § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB sind im Folgenden die Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, die fünf von Hundert der Stimmrechte überschreiten, angegeben:

- Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover

Die Rentenbank hat sich in Form einer Patronatserklärung verpflichtet, sofern und solange sie 100 % der Anteile an der LR Beteiligungsgesellschaft mbH hält, diese finanziell so auszustatten, dass sie jederzeit in der Lage ist, ihre Verpflichtungen pünktlich zu erfüllen.

Angaben zu den Abschlussprüferhonoraren sind im Konzernanhang enthalten.

Nachtragsbericht gemäß § 285 Nr. 33 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, waren nicht zu verzeichnen.

Ergebnisverwendungsvorschlag gemäß § 285 Nr. 34 HGB

Die Aufstellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2016 erfolgte bezüglich der Verwendung des Ergebnisses vorbehaltlich des Beschlusses des Verwaltungsrats. Der Vorschlag für die Jahresüberschuss- und Gewinnverwendung 2016 sieht folgende Beschlüsse vor:

- Von dem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss von 59 000 000 EUR werden 44 250 000 EUR der Hauptrücklage nach § 2 Abs. 2 LR-Gesetz zugewiesen.

- Aus dem verbleibenden Bilanzgewinn von 14 750 000 EUR werden 7 375 000 EUR dem Zweckvermögen des Bundes zugeführt und 7 375 000 EUR dem Förderungsfonds zufließen.
- Darüber hinaus werden aus der Deckungsrücklage aufgrund der gesetzlichen Regelung in § 2 Abs. 3 LR-Gesetz, die die Deckungsrücklage auf maximal 5 % der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen begrenzt, 21 595 000 EUR entnommen und der Hauptrücklage in derselben Höhe zugeführt werden.

Die Entsprechenserklärung des Vorstands und des Verwaltungsrats zum Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes ist auf der Internetseite der Rentenbank öffentlich zugänglich. Der Jahresabschluss und der freiwillige Konzernabschluss sowie der zusammengefasste Lagebericht sind auf der Internetseite der Rentenbank sowie im Bundesanzeiger verfügbar und können darüber hinaus am Standort der Bank angefordert werden.

Nachfolgend sind die Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 267 Abs. 3 HGB), die von gesetzlichen Vertretern oder anderen Mitarbeitern der Rentenbank wahrgenommen werden, gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB aufgeführt:

Dr. Horst Reinhardt

VR-LEASING AG, Eschborn
(Mitglied des Aufsichtsrats)

Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats

VORSTAND

Dr. Horst Reinhardt (Sprecher), Dipl.-Volkswirt, MBA

Hans Bernhardt, Dipl.-Kaufmann

Imke Etori, Dipl.-Kauffrau (bis 30.09.2016)

VERWALTUNGSRAT

Vorsitzender:

Joachim Rukwied

Präsident

Deutscher Bauernverband e.V.

Berlin

Stellvertreter des Vorsitzenden:

Christian Schmidt, MdB

Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

Berlin

Vertreter des Deutschen Bauernverbandes e.V.:

Bernhard Krüsken

Generalsekretär Deutscher Bauernverband e.V.

Berlin

Udo Folgart

Ehrenpräsident

Landesbauernverband Brandenburg e.V.

Teltow/Ruhlsdorf

Werner Hilse

Präsident

Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e. V.

Hannover

Brigitte Scherb
Präsidentin
Deutscher LandFrauenverband e. V. Berlin

Werner Schwarz
Präsident
Schleswig-Holsteinischer Bauernverband e. V. Rendsburg

Vertreter des Deutschen Raiffeisenverbandes e.V.:

Manfred Nüssel
Präsident
Deutscher Raiffeisenverband e.V. Berlin

Vertreter der Ernährungswirtschaft:

Konrad Weiterer
Präsident
Bundesverband der Agrargewerblichen
Wirtschaft e. V. Berlin
(bis 24.08.2016)

Landwirtschaftsminister der Länder:

Baden-Württemberg:

Wolfgang Reimer
Amtschef des Ministeriums für
Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Stuttgart
(bis 02.05.2016)

Peter Hauk
Minister für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz Stuttgart
(ab 12.05.2016)

Hamburg:

Dr. Rolf Bösinger
Staatsrat der Behörde für Wirtschaft,
Verkehr und Innovation

Hamburg

Thüringen:

Birgit Keller
Ministerin für Infrastruktur und
Landwirtschaft

Erfurt

Vertreter der Gewerkschaften:

Harald Schaum
Stellvertretender Bundesvorsitzender
IG Bauen-Agrar-Umwelt

Frankfurt am Main

**Vertreter des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft:**

Dr. Robert Kloos
Staatssekretär
(bis 31.12.2016)

Berlin

Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen:

Dr. Marcus Pleyer
Ministerialdirigent

Berlin

**Vertreter von Kreditinstituten oder andere
Kreditsachverständige:**

Georg Fahrenschon
Präsident
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.
(bis 30.06.2016)

Berlin

Michael Reuther
Mitglied des Vorstands
Commerzbank AG

Frankfurt am Main

Dr. Caroline Toffel
Mitglied des Vorstands
Kieler Volksbank eG

Kiel

Frankfurt am Main, den 15. März 2017

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK
Der Vorstand

Dr. Horst Reinhardt

Hans Bernhardt

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Bank so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Bank beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 15. März 2017

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK
Der Vorstand

Dr. Horst Reinhardt

Hans Bernhardt

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den zusammengefassten Lagebericht der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und zusammengefasstem Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 15. März 2017

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bernhard
Wirtschaftsprüfer

Liebermann
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse haben während des Geschäftsjahres die ihnen nach Gesetz, Satzung und den Corporate-Governance-Grundsätzen der Rentenbank übertragenen Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand in der Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung beraten und überwacht.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss sowie ergänzend der zusammengefasste Lagebericht nach den Vorschriften des HGB zum 31. Dezember 2016 sind durch die KPMG AG - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft -, Berlin, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der freiwillige Konzernabschluss sowie ergänzend der zusammengefasste Lagebericht wurden zum 31. Dezember 2016 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB angewendeten handelsrechtlichen Vorschriften vom Vorstand aufgestellt. Die KPMG AG - Wirtschaftsprüfungsgesellschaft -, Berlin, hat diesen freiwilligen Konzernabschluss sowie den zusammengefassten Lagebericht geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Verwaltungsrat hat von den Prüfungsergebnissen zustimmend Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den freiwilligen Konzernabschluss inklusive des ergänzenden zusammengefassten Lageberichts sowie den Geschäftsbericht 2016 für die Landwirtschaftliche Rentenbank geprüft. Er beschließt den Jahresabschluss mit dem zusammengefassten Lagebericht 2016 der Bank und billigt den freiwilligen Konzernabschluss sowie ergänzend den zusammengefassten Lagebericht 2016.

Der Verwaltungsrat beschließt darüber hinaus, dass aus der Deckungsrücklage aufgrund der gesetzlichen Regelung in § 2 Abs. 3 LR-Gesetz, die die Deckungsrücklage auf maximal 5 % der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen begrenzt, 21 595 000 Euro entnommen und der Hauptrücklage in derselben Höhe zugeführt werden.

Von dem in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss von 59 000 000 Euro werden 44 250 000 Euro der Hauptrücklage nach § 2 Abs. 2 LR-Gesetz zugewiesen.

Der Verwaltungsrat beschließt weiterhin, den verbleibenden Bilanzgewinn von 14 750 000 Euro in der Weise zu verwenden, dass 7 375 000 Euro dem Zweckvermögen des Bundes zugeführt werden und 7 375 000 Euro dem Förderungsfonds zufließen.

Der Verwaltungsrat hat sich davon überzeugt, dass Vorstand und Verwaltungsrat den Public-Corporate-Governance-Kodex des Bundes in der Fassung vom 30. Juni 2009 beachten. Er wird dessen Beachtung und Umsetzung fortlaufend prüfen. Der Verwaltungsrat billigt den Corporate-Governance-Bericht einschließlich der Entsprechenserklärung.

Berlin, 06. April 2017

DER VERWALTUNGSRAT
DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN RENTENBANK

Der Vorsitzende
Joachim Rukwied

Landwirtschaftliche Rentenbank
Hochstraße 2 / 60313 Frankfurt am Main
Postfach 101445 / 60014 Frankfurt am Main

Telefon 069 2107-0
Telefax 069 2107-6444
office@rentenbank.de
www.rentenbank.de